

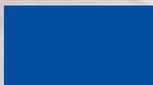


Europäische
Kommission

SVEN CARNEL

Die Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn

60 Jahre Präsenz der
Europäischen Institutionen in der
Bundesrepublik Deutschland
(1954–2014)



1 9 5 4

2 0 1 4

SVEN CARNEL

Die Regionalvertretung der
Europäischen Kommission in Bonn

60 Jahre Präsenz der
Europäischen Institutionen in der
Bundesrepublik Deutschland

(1954–2014)

Titelseite:

Dr. Karl Mühlenbach, erster Leiter des Presseverbindungsbüros in Bonn
Die Aufnahme wurde der Jean-Monnet-Stiftung für Europa
(Lausanne) zur Verfügung gestellt von Dr. Mühlenbachs Familie
Zentrum für Dokumentenmanagement der Generaldirektion
Kommunikation der Europäischen Kommission, 2014

GRUSSWORT



Es ist ein besonderes Jubiläum für die Europäische Kommission. 1954 – für die meisten Deutschen das Jahr des Wunders von Bern. Fußballerischer Glanz, der half, den Schutt des Krieges abzuschütteln und sich mit neuem Selbstbewusstsein der Schaffung des Wirtschaftswunders zu widmen. Kurz zuvor war eine neue Nachkriegsorganisation entstanden, die ebenfalls helfen sollte, die Wunden des Krieges zu heilen und sich dem friedlichen Aufbau der europäischen Wirtschaft zu verschreiben: die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. In europäischem Esprit – aber auch mit der dazu gehörigen Dosis Eigeninteresse – wurden deren noch rudimentäre Institutionen in mehreren Mitgliedsstaaten beheimatet: in Belgien, Frankreich und Luxemburg. Die erste „Vertretung“ der Hohen Behörde, wie die Vorgängerin der Europäischen Kommission hieß, innerhalb der neuen Gemeinschaft, die wurde aber in Deutschland eröffnet. Eben in diesem Jahr 1954. In Bonn. Kurz danach folgten Rom und Paris.

Anfangs wurde von diesen Büros wenig Notiz genommen. Die „Sechsergemeinschaft“ war jung und hatte bei weitem noch nicht die Bedeutung und Reichweite der heutigen EU. Auch die Aufgaben waren sehr limitiert: Es handelte sich um Pressebüros, die die Berichterstattung vor Ort verfolgen und Kontakte zu den Medien pflegen sollten. Seither gab es zwei bemerkenswerte Trends, was Mandat und Wirken der Vertretungen betrifft.

Zum einen erweiterte sich die Aufgabenstellung sukzessive. Begonnen hat alles, wie gesagt, mit Medienbeobachtung. Sehr bald wurde dies erweitert um eine breitere Öffentlichkeitsarbeit, um die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen: Veranstaltungen, Informationsbriefe, Kurzfilme für die Wochenschau. Ab den späten 60er Jahren wurden dauerhafte Partnerschaften etabliert, etwa mit der akademischen Welt. Ab den 90er Jahren kam eine politische Dimension hinzu, vergleichbar mit der Arbeit von Botschaften. Die jüngste Aufgabe ist eine Konsequenz der Wirtschaftskrise der letzten Jahre: einen Beitrag zur besseren wirtschaftspolitischen Koordination in Europa zu leisten.

Der zweite Trend ist innerhalb dieser Aufgabenbereiche festzustellen: vom Passiven zum Aktiven. Aus der Pressebeobachtung ist eine pro-aktive Medienpolitik geworden: Pressekonferenzen, Hintergrundgespräche, Nutzung sozialer Medien. In der Öffentlichkeitsarbeit wurden aus der Aufbereitung von Informationen interaktive Diskussionen und partizipative Bürgerdialoge. Die politische Arbeit geht heute über die Berichterstattung aktueller Entwicklungen hinaus in einen regelmäßigen Austausch mit Regierungen und Parlamenten über europäische Themen. Vertretungen sind ein fester Bestandteil im europäischen Gefüge geworden, die sich um mehr gegenseitiges Verständnis zwischen den Brüsseler Institutionen sowie den Politikern, Medien, vor allem aber den Unionsbürgern in den Mitgliedsstaaten bemühen. Ich freue mich mit meinen Bonner Kollegen über diesen „runden Geburtstag“. Durch die Übersiedlung der Gesamtzuständigkeit für Deutschland von Bonn nach Berlin 1999 ist auch die Berliner Vertretung eine „Erbin“ dieser Tradition. Als nunmehr 10. Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland ist es mir eine Freude, Ihnen diese Publikation zur Lektüre zu empfehlen.

Herzlichst Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Richard Kühnel', written over a white background.

Richard Kühnel

Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland

INHALT

GRUSSWORT	4
EINLEITUNG	10
ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES PRESSE- UND INFORMATIONSBÜROS IN BONN	14
DAS AUFBLÜHEN DER INFORMATIONSPOLITIK DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN	20
DIE ERSTEN SCHRITTE DES PRESSE- UND INFORMATIONSBÜROS IN BONN	24
PRIORITÄT DEN MEINUNGSMULTIPLIKATOREN	28
DIE ENTWICKLUNG DER INFORMATIONSPOLITIK.....	32
DIE DEZENTRALISIERUNG DER INFORMATION SARBEIT	36
ALLE ZU DEN WAHLEN	40
DIE 80ER JAHRE: KURSWECHSEL	44
AUS DEN PRESSE- UND INFORMATIONSBÜROS WERDEN VERTRETUNGEN	50
INFRAGESTELLUNG UND NEUBELEBUNG DER KOMMUNIKATIONSPOLITIK	56
PARTNERSCHAFTLICH ZUSAMMENARBEITEN	60
VON BONN NACH BERLIN	64
DIE JAHRE DER ÖFFENTLICHEN DEBATTE, DES DIALOGS UND DER DEMOKRATIE	70
DIE BONNER VERTRETUNG HEUTE	74
LISTE DER LEITER DER BÜROS/VERTRETUNGEN UND ANSCHRIFTEN (1954–2013)	82
ANHANG	86
IMPRESSUM	95



Pressekonferenz des französischen Außenministers Robert Schuman im Uhrensaal des Quai d'Orsay in Paris. Die Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 führt zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und gilt als Geburtsstunde der heutigen Europäischen Union.

Die Notwendigkeit einer wirksamen Informationspolitik wird bereits in den ersten Jahren des europäischen Aufbauwerks offenbar¹. Bereits bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit am 10. August 1952 weiß die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) mit Sitz in Luxemburg um die Bedeutung der Rolle, die der Information für die Entwicklung der Gemeinschaft und darüber hinaus des Europagedankens zukommt. Es gilt viele Herausforderungen zu bewältigen. Unter ihnen stellt die Kommunikation nicht die geringste dar, denn der Gedanke der europäischen Einigung hat in dieser unmittelbaren Nachkriegszeit in den verschiedenen Bevölkerungsschichten der sechs Mitgliedstaaten noch einen weiten Weg vor sich. Um dieser Problematik gerecht zu werden, müssen der Informationsdienst und seine Nachfolger die Art der Information, das Zielpublikum und die Mittel und Wege festlegen, durch die dies erreicht werden soll.

Bei seiner Errichtung im Oktober 1952 bildet der Informationsdienst lediglich eine Abteilung des Sekretariats², „une sorte de collectifs de porte-parole constituant l’embryon d’un petit service de presse et d’information“ (eine Art Sprecherkollektiv, das einen kleinen Presse- und Informationsdienst im Embryonalzustand darstellte)³. Die Mitarbeiter des Dienstes brechen regelmäßig in die einzelnen Hauptstädte auf, um dort die Kontakte zu den Journalisten zu stärken. Zu den Mitgliedern dieses kleinen Teams gehört bereits Dr. Karl Mühlenbach, ein Journalist, der sich insbesondere der Beziehungen zur deutschen Presse annimmt⁴. „Il est [en effet] impossible d’assurer une large information sans avoir recours aux agences de presse“ (Es ist [in der Tat] unmöglich umfangreich zu informieren, ohne sich der Presseagenturen zu bedienen)⁵. Zunächst jedoch wollen die verschiedenen Presseagenturen keine ständigen Korrespondenten nach Luxemburg entsenden. Somit ist es die Hohe Behörde, die mit ihren eigenen Büros auf die Medien der einzelnen Länder zugeht.

Dessen ungeachtet wird die Notwendigkeit einer effektiveren Organisation rasch unumgänglich. Im März 1953 wird ein Entwurf für die Arbeitsorganisation des Informationsdienstes vorgelegt, in dem es heißt: „ ... propose des remaniements pour faire face aux nouveaux défis qu’il doit relever, expliquer au grand public (...) le travail d’un organisme ayant des tâches techniques

très précises mais tendant vers des buts politiques très vastes“ (... wird eine Umorganisation vorgeschlagen, um sich den neuen Herausforderungen zu stellen, die er bewältigen muss, der Öffentlichkeit [...] die Arbeit einer Einrichtung zu erklären, die eng umrissene technische Aufgaben wahrnimmt, aber weitgespannte politische Ziele anstrebt)⁶. Dieser Plan sieht die Einrichtung von Pressebüros in allen Hauptstädten der Mitgliedstaaten vor und betont nachdrücklich die maßgebliche Rolle, die sie gegenüber den heimischen Medien einnehmen können⁷. Es geht daher darum, den Mitarbeitern des Informationsdienstes ein Standbein zu verschaffen, um leichter Kontakt zur Presse herstellen zu können.

Die Einrichtung von Presse- und Informationsbüros in den Hauptstädten wird im Arbeitsprogramm des Informationsdienstes für das Haushaltsjahr 1953–1954 festgeschrieben⁸. Ab dem Frühjahr 1954 werden Informationen außer durch die Tätigkeit des Dienstes in Luxemburg nach und nach auch über ein Netz von Büros in Bonn, Rom und Paris verbreitet⁹. Sie sollen den Kontakt zur Presse und den verschiedenen nationalen Informationsquellen pflegen und stärken¹⁰. Von Anfang an haben diese Einrichtungen, deren Bestehen von den Journalisten in den einzelnen Ländern begrüßt wird, auch die Aufgabe, den Informationsdienst über die öffentliche Meinung in den Mitgliedstaaten zu unterrichten und die Bedürfnisse der Presse, des Hörfunks und des Fernsehens weiterzuleiten. Schließlich übernehmen die Büros die Aufgabe, die Besuche von Journalisten in Luxemburg anzuregen und vorzubereiten¹¹.

Das Vorhaben ist ehrgeizig. Die Mitarbeiter der Büros in den 50er Jahren sind eifrig bemüht, die verschiedenen Bevölkerungsschichten über diverse Medien und durch zahlreiche Aktivitäten anzusprechen. Dabei haben die Büros den Auftrag, proaktiv zu handeln, auf die Bürger und Journalisten zuzugehen, nicht nur auf Anfragen zu antworten, sondern solche auch anzuregen¹². Veröffentlichungen, Kurzfilme, Radio- und in geringerem Umfang Fernsehsendungen, Konferenzen, internationale oder regionale Messen und Ausstellungen sind die bevorzugten Informationskanäle in den Mitgliedstaaten¹³.

ENTSTEHUNGSGESCHICHTE
DES PRESSE- UND
INFORMATIONSBÜROS IN BONN



Im Frühjahr 1954 wird in Bonn unter der Leitung des Journalisten Dr. Karl Mühlenbach das erste Verbindungsbüro der Hohen Behörde der Montanunion eröffnet.

Startschuss: 1. März 1954 Das erste Presseverbindungsbüro der Hohen Behörde der Montanunion nimmt seine Arbeit in Bonn auf, der damaligen *de-facto*-Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Das Büro wird ab dem 1. März 1954¹⁴ in kaum 50 m² großen Räumlichkeiten im *Schulze-Delitzsch-Haus* von Dr. Karl Mühlenbach eingerichtet, unterstützt von einer Sekretärin. Das *Schulze-Delitzsch-Haus* in der damaligen Siebengebirgsstraße 5 – heute Heussallee 5 –, ist ein hochmodernes und erst wenige Monate zuvor fertiggestelltes Gebäude, das vor allem dem Deutschen Genossenschaftsverband als Sitz dient¹⁶. Der gewählte Ort ist strategisch denkbar günstig gelegen, nämlich sowohl in unmittelbarer Nähe zu den ersten Pressebaracken, in denen die Journalisten arbeiten, zu „Deutschlands wohl berühmtestem [Zeitungs]Kiosk“¹⁷ als auch zu Bundestag, Bundesrat und den Vertretungen der Bundesländer. Er liegt damit mitten in der „politischen Fußgängerzone“, wie sie damals genannt wurde¹⁸. Bereits nach wenigen Monaten wird Dr. Karl Mühlenbach als Büroleiter von Wolf von der Heide abgelöst¹⁹. Anders als Paris und Rom ist Bonn aber nicht die alles beherrschende Zentrale des Staates. Und wie

die Bundesrepublik selbst, ist auch ihre Medienlandschaft dezentral. Daher führt für die Vertreter der Hohen Behörde kein Weg daran vorbei, regelmäßig die großen Städte des Landes zu besuchen, um persönliche Kontakte mit den Mitgliedern des Pressekorps zu knüpfen.

Hörfunksendungen Die deutsche Abteilung des Informationsdienstes bemüht sich aktiv darum, gute Kontakte mit den für Wirtschafts- und Politiksendungen verantwortlichen Hörfunkjournalisten herzustellen, und diese Bemühungen tragen Früchte, denn die deutschen Rundfunkanstalten strahlen bald rund fünfzehn Sendungen aus, in denen es um die EGKS geht²⁰. Um der geringen Beachtung, die die Pressekonferenzen in Luxemburg finden, etwas entgegenzusetzen, führen die Büros eigene Veranstaltungen in den großen Städten der Mitgliedstaaten durch. Sie verleihen der EGKS eine bessere Sichtbarkeit²¹. In Deutschland finden die Pressekonferenzen in Bonn und in Düsseldorf statt. Sie werden vor allem gemeinsam mit dem *Komitee für Fragen der Europäischen Wirtschaftseinheit* veranstaltet und von in Luxemburg geschulerten Experten abgehalten²².



Das Herzstück der Montanunion ist die Hohe Behörde mit Sitz in Luxemburg. Sie nimmt am 23. Juli 1952 ihre Arbeit auf und ist die erste supranationale Institution der Geschichte.

Partner der ersten Stunde – Bundeszentrale für politische Bildung Sehr früh beginnt die Bonner Außenstelle auch, in Sachen europäische Kommunikation mit geeigneten Partnerorganisationen zusammenzuarbeiten. Bereits im Juli 1954 arbeiten in diesem Sinne die Bundeszentrale für Heimatdienst – die heutige Bundeszentrale für politische Bildung – und die EGKS-Pressestelle in Bonn zusammen. Konkret vereinbarten Dr. Carl Christoph Schweitzer, Gründungsreferent der Bundeszentrale, und Dr. Karl Mühlenbach die Zusammenarbeit bei der Herausgabe einer Veröffentlichung, die von der Deutschen Bundesbahn „in sämtlichen Eil-, D- und Fernschnellzügen in der Bundesrepublik verteilt werden“ soll. Die Aufgabenstellung der Bundeszentrale, die „Förderung des demokratischen und europäischen Gedankens auf überparteilicher Grundlage“ ist eine sehr gute Grundlage für diese Kooperation²⁵. Die Basis ist in der Tat so gut, dass sie jahrzehntelang hält. Die Bundeszentrale für politische Bildung arbeitet auch 60 Jahre später noch sehr intensiv und kontinuierlich mit der Bonner Vertretung der Europäischen Kommission, dem Nachfolger des EGKS-Presseverbindungsbüros, zusammen.²⁶

Kinos & Wochenschauen Ab 1956 „... un *Informationsbrief* est édité sans périodicité définie, en liaison avec le Service d'information, par la *Europäische Aktionsgemeinschaft* à Bonn“ („... erscheint in unregelmäßigen Abständen ein *Informationsbrief* der *Europäischen Aktionsgemeinschaft* in Bonn in Zusammenarbeit mit dem Informationsdienst“)²³. Der Informationsbrief

ist jedoch nicht das bevorzugte Instrument der Bediensteten im Bonner Büro. Sie setzen lieber auf Kurzfilme, die in die Wochenschauen der Kinos hineinmontiert werden. Die Wochenschau ist eine vor der massiven Verbreitung des Fernsehers übliche Zusammenstellung von Nachrichten im Filmformat, die im Kino vor dem Hauptfilm läuft. Die Bundesrepublik

Deutschland hat nämlich nach dem Krieg eine große Anzahl von Filmprojektoren aus Amerika erhalten, und der Film ist in den 1950er Jahren ein besonders beliebtes Medium. Überdies sind die Informationsbesuche in Luxemburg, die für Journalisten und andere Besuchergruppen aus Deutschland organisiert werden, ein voller Erfolg²⁴.

DAS AUFBLÜHEN DER
INFORMATIONSPOLITIK
DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN



Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) werden geschaffen. Zusammen mit der Montanunion bilden sie die Europäischen Gemeinschaften.

Drei Gemeinschaften – eine Öffentlichkeitsarbeit Nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahre 1957 und der Gründung zweier neuer Gemeinschaften, nämlich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom), fassen die drei Exekutivorgane die verwaltungsmäßige Zusammenlegung der Dienste und die Schaffung von behördenübergreifenden Verbindungen ins Auge²⁷. Im Januar 1958 erklärt Kommissar Hans von der Groeben es für wünschenswert, über einen gemeinsamen Dienst im Bereich der Information zu verfügen. Er stellt klar, dass zwei Aufgaben erfüllt werden müssten: „Premièrement, propager de manière uniforme, devant l’opi-

nion publique, les solutions prévues par les traités, et, deuxièmement, informer la Commission chaque jour du contenu des journaux“ („Erstens in einheitlicher Weise die in den Verträgen vorgesehenen Lösungen gegenüber der Öffentlichkeit vertreten und zweitens die Kommission täglich über die Berichterstattung der Zeitungen unterrichten“)²⁸. Zu den Informationsbüros der Hohen Behörde äußert er ergänzend, dass diese ihre Tätigkeit zum Nutzen der drei Gemeinschaften fortsetzen könnten. Dazu werden Arbeitsgruppen gebildet, die die mit der Errichtung der gemeinsamen Dienste verbundenen Probleme erörtern sollen. Die für Presse und Information zuständige Gruppe wird im Februar 1958 gebildet und macht es sich

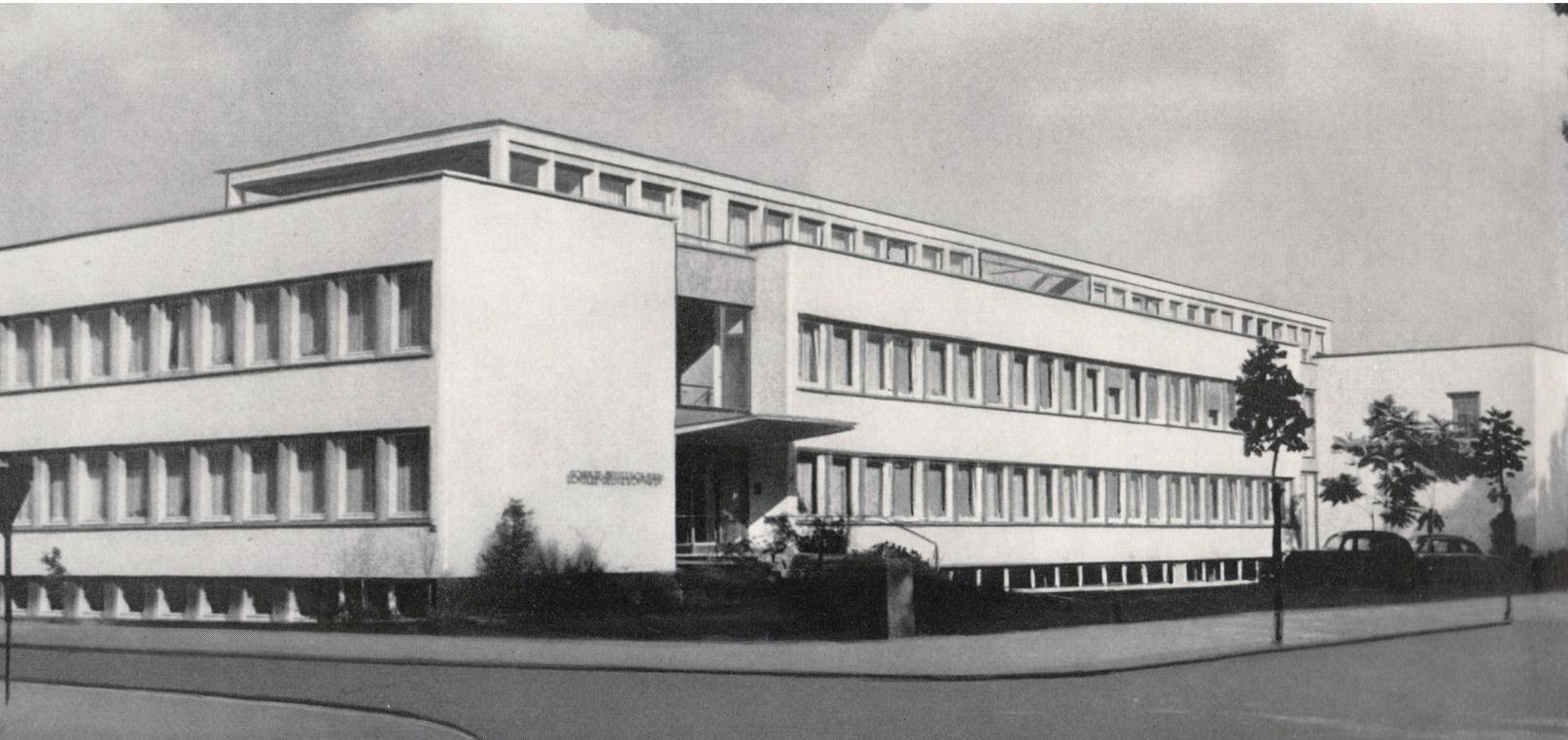
Jahres 1958 das Licht der Welt: der juristische Dienst, der statistische Dienst und der Presse- und Informationsdienst³¹. Für den Letzteren sind damit jedoch die organisatorischen Fragen keineswegs geklärt³². Jedes Exekutivorgan besteht nämlich darauf, neben einer gemeinsamen Verwaltungsstruktur seinen eigenen Sprecher zu haben. Allerdings sind die jeweiligen Zuständigkeiten des Informationsdienstes und der Sprecher³³ nicht festgelegt und eine Informationspolitik nicht im Einzelnen definiert, was vor allem in der Parlamentarischen Versammlung Besorgnis hervorruft. Am 1. März 1960 einigen sich schließlich die Präsidenten der drei Exekutivorgane³⁴ über die Verwaltungs- und Organisationsregelungen für die drei gemeinsamen Dienste und insbesondere über die Organisation des gemeinsamen Presse- und Informationsdienstes und den Arbeitsplan³⁵.

zur Aufgabe, Vorschläge für die konkrete Ausgestaltung des Vorhabens auszuarbeiten²⁹. Parallel dazu erstellt die Hohe Behörde im April 1958 ein Memorandum, in dem sie einen Diskussionsrahmen mit den anderen Exekutivorganen vorschlägt und das insbesondere die grundsätzliche Zustimmung zur Schaffung gemeinsamer Dienste enthält³⁰.

Presse- und Informationsdienst Die Umsetzung des Memorandums erweist sich jedoch als schwierig. Nur drei gemeinsame Dienste erblicken im Laufe des

Umzug nach Brüssel Konkret schließen sich die drei Präsidenten dem Vorschlag der Kommission der EWG an, in dem die Bildung eines Verwaltungsrats für jeden der gemeinsamen Dienste vorgesehen ist³⁶. Der Verwaltungsrat des gemeinsamen Presse- und Informationsdienstes ist dafür zuständig, die Vorrechte der 1958 eingerichteten Arbeitsgruppe zu übernehmen³⁷. Am 24. März 1960 werden in der ersten Sitzung des Verwaltungsrats das Organigramm³⁸ verabschiedet und der Umzug eines Teils des Dienstes von Luxemburg nach Brüssel beschlossen.

DIE ERSTEN SCHRITTE
DES PRESSE- UND
INFORMATIONSBÜROS IN BONN



Das Schulze-Delitzsch-Haus in der Siebengebirgsstraße 5 in Bonn (heute Heussallee 5) wird zum Sitz des ersten Presseverbindungsbüros der Hohen Behörde der Montanunion.

Hauptbüros über vier Bedienstete, von denen einer ausschließlich für die Dokumentation zuständig ist. 1959 übernimmt Günter Grüneberg die Leitung dieses kleinen Teams⁴¹.

Innerhalb eines Jahrzehnts verdoppeln sich die Mittel des gemeinsamen Presse- und Informationsdienstes und seiner Büros in den Hauptstädten nahezu⁴². Angesichts ihrer überzeugenden Erfahrungen in den ersten Jahren stehen die Büros gefestigt da und sehen sich in ihren Aufgaben gestärkt. Es ist nunmehr sicher, dass „l'information donnée sur place est de beaucoup préférable à l'information expédiée à distance“ („die vor Ort vermittelte Information den aus der Ferne übermittelten Informationen bei Weitem vorzuziehen ist“)⁴³. Dennoch reicht all dies längst nicht aus, um eine wirkliche Informationspolitik im europäischen Maßstab betreiben zu können⁴⁴. Das Hauptaugenmerk muss daher den Meinungsmultiplikatoren gelten⁴⁵.

In den ersten Jahren seines Bestehens gelingt es dem Bonner Büro trotz seiner bescheidenen Mittel, die Grundlagen für ein Netz wohlwollend eingestellter Journalisten zu legen und eine Reihe von Partnerschaften zu begründen, die es ihm ermöglichen, in der Bundesrepublik Deutschland eine stärkere Nachfrage nach Informationen zu wecken. Angesichts dieser ersten Erfolge wächst der Personalbestand rasch und umfasst ab 1957 drei Bedienstete gemäß Gemeinschaftsstatut sowie eine Hilfs-

kraft (Bote) in Vollzeitbeschäftigung³⁹. Auch der zusätzliche Raumbedarf macht sich bemerkbar, und das Büro verlagert seine Tätigkeit am 1. Juli 1958 in die Zitelmannstraße Nr. 11⁴⁰.

Partnerschaften & Netzwerke Im Laufe der 60er Jahre verfolgt das Büro in Bonn das Ziel, sich durch den Ausbau seiner Informationstätigkeit und seiner Partnerschaften sowie die Erweiterung seiner Netzwerke im Lande einen festen Platz in der deutschen Gesellschaft zu

erobern. Die Nachfrage nach Informationen über die europäischen Institutionen wächst rasant, und zwar aus allen Teilen der Öffentlichkeit, sowohl aus den Universitäten, den Unternehmen, den Gewerkschaften als auch aus der Bevölkerung. Dieser Anstieg der Nachfrage nach Informationen hat eine gewisse Auswirkung auf die Arbeitsbelastung der Presse- und Informationsbüros. Dies umso mehr, als sie zur Anlaufstelle für die Regierungen werden, die ihre Bürger zu ihnen schicken. Bonn verfügt wie alle

PRIORITÄT DEN
MEINUNGSMULTIPLIKATOREN



Unter diesen Multiplikatoren zählen Gewerkschaftsvertreter zu den bevorzugten Gesprächspartnern des Bonner Büros. Ein bedeutender Teil der Haushaltsmittel wird für die Informationstätigkeit gegenüber den Arbeitnehmerorganisationen aufgewendet⁴⁶, und dank der Partnerschaften mit den großen Gewerkschaftsverbänden lassen sich die Vortragsredner der Gemeinschaften gut in deren Veranstaltungen einbinden⁴⁷. Ab Februar 1964 kann sich der gemeinsame Presse- und Informationsdienst auf ein Netz von Gewerkschaftskorrespondenten stützen, die die Verbindung zwischen den Organisationen bzw. Verbänden und dem Dienst halten⁴⁸. Die akademische Welt wird ebenfalls als Zielpublikum der Informa-

Das Europahaus Marienberg: Im Bereich der Jugendarbeit und Politische Bildung sind die Europahäuser ein wichtiger Partner im Netzwerk des Bonner Büros.

tionspolitik angesehen. Ab 1963 erhalten die Beamten in Bonn den Auftrag, für Studenten eine Bibliothek und eine Kartei anzulegen sowie eine Dokumentationsablage einzurichten, um deren wachsende Bedürfnisse befriedigen zu können⁴⁹. Von 1964 bis 1967 ist Georg Streiter⁵⁰ bis zur offiziellen Ernennung von Joachim Willmann⁵¹ kommissarischer Leiter des Büros.

In diesen Jahren setzt der gemeinsame Presse- und Informationsdienst wegen fehlender Mittel auch lieber auf ein funktionierendes Netzwerk von Hörfunk- und Fernsehjournalisten als auf die Eigenproduktion von Sendungen.

Publikationen Das Bonner Büro beteiligt sich seinerseits mit erheblichem Aufwand an der Veröffentlichung verschiedener allgemeiner Zeitschriften wie *Europäische Gemeinschaft* oder von Fachzeitschriften wie *Deutscher Gewerkschaftsbund*⁵² oder noch anderer auf dem Gebiet der politischen Bildung⁵³. Dank eines sehr guten Netzwerks von Vortragsrednern, die quer durch das Land unterwegs sind, gelingt es Bonn, die Zahl der Besuche von Bürgern und Pressevertretern in Brüssel zu begrenzen⁵⁴. Tatsäch-

lich ist die Aufnahmefähigkeit der Dienste in Brüssel inzwischen zu begrenzt, um die Nachfrage bewältigen zu können⁵⁵.

Messe & Ausstellungen Die Teilnahme an Messen und Ausstellungen wie der Landwirtschaftsausstellung *Grüne Woche* in Berlin oder der Ausstellung der chemischen Industrie in Frankfurt (ACHEMA) sorgt für eine internationale Sichtbarkeit. Anders als die Büros in Paris oder Rom verfügt Bonn nicht über ein einsatzfähiges Ausstellungsfahrzeug, mit dem es das Land flächendeckend mit Informationsmaterial versorgen könnte⁵⁶. Ab dem Jahr 1965 werden dann jedoch mobile Messestände angeschafft, damit die Gemeinschaften auch bei mittelgroßen Veranstaltungen vertreten sein können. Dort können sie ein Publikum erreichen, das oft schlechter informiert ist als das Publikum großer internationaler Messen⁵⁷.

Jugendarbeit & politische Bildung Schließlich richtet das Büro seine Aufmerksamkeit auch auf die Jugend und die politische Bildung insgesamt und arbeitet dazu mit Einrichtungen wie dem Bildungswerk *Europäische Politik* und den *Europa-Häusern* zusammen⁵⁸.

DIE ENTWICKLUNG
DER INFORMATIONSPOLITIK

G 1203 B

AMTSBLATT

DER

EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

13. JULI 1967

AUSGABE IN DEUTSCHER SPRACHE

10. JAHRGANG Nr. 152

INHALT

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

EUROPÄISCHE ATOMGEMEINSCHAFT

INFORMATIONEN

67/442|EWG:

67/26|Euratom:

Stellungnahme in bezug auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission sowie des zum gleichen Zeitpunkt unterzeichneten Protokolls und Beschlusses . . . 1

67/443|EWG:

67/27|Euratom:

Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften . . . 2

67/444|EWG:

67/28|Euratom:

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften 13

67/445|EWG:

67/29|Euratom:

Schlußakte . . . 17

2

(Fortsetzung umseitig)

Fusionsvertrag: Durch die Zusammenlegung der Montanunion, der EWG und der EURATOM wird eine gemeinsame Kommission geschaffen. Ab dem 1. Juli 1967 wird die Generaldirektion Presse und Information unterstellt.

Fusion: Generaldirektion Presse und Information Die zweite Hälfte der 60er Jahre ist durch mehrere bedeutende Ereignisse im Zuge des europäischen Aufbauwerks geprägt. Durch den Fusionsvertrag mit der Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission⁵⁹, die Krise des leeren Stuhls⁶⁰, die Vollendung der Zollunion, das Ende des Übergangszeitraums für den gemeinsamen Markt, die Beitritts- oder Assoziierungsanträge usw. gewinnt die Informationstätigkeit erheblich an Bedeutung, gleichzeitig aber bleibt die Höhe der verfügbaren Haushaltsmittel mehr oder weniger unverändert. Als unmittelbare Folge des Fusionsvertrags wird der gemeinsame Presse- und Informationsdienst ab dem 1. Juli 1967⁶¹ zu einer Dienststelle der gemeinsamen Kommission und wird zugleich in Generaldirektion Presse und Information – intern nach römischer Zählung „GD X“ – umbenannt.

Das Ende der 60er und der Beginn der 70er Jahre markieren sowohl hinsichtlich der Mittel als auch des Zielpublikums einen Wendepunkt in der Informationspolitik der Kommission. Die öffentliche Meinung ist kritischer, unter anderem

bei den Jugendlichen, den Verbrauchern und den Arbeitnehmern. Man beklagt die fehlende Transparenz und die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der europäischen Integration und der ersten Erweiterung⁶², und dies vor dem Hintergrund der Währungs-, Wirtschafts- und Ölkrise⁶³. Die Information muss sich nun mehr auf die Darstellung und Auslegung des europäischen Projekts und der allgemeinen Entwicklung der Gemeinschaft ausrichten. Es wird eine größere Kohärenz der Mitteilungen der einzelnen Institutionen angestrebt. Im Klartext bedeutet dies, dass die Botschaft so angepasst werden muss, dass sie für jedermann verständlich ist. In diesem Zusammenhang entfaltet die Generaldirektion dank zusätzlicher Mittel, die auf Initiative des Parlaments bewilligt werden, neue Aktivitäten, und zwar vor allem im Hinblick darauf, ihre Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit zu verstärken⁶⁴. In den Mitgliedsländern werden – in der Regel in Zusammenarbeit mit Fachagenturen – groß angelegte Informationskampagnen durchgeführt, und vorzugsweise werden Aktionen zur allgemein verständlichen Darstellung mit weiter Verbreitung betrieben.



DIE DEZENTRALISIERUNG
DER INFORMATION SARBEIT

Im Jahre 1968 will die Informationspolitik engagierter zu Werke gehen, unter anderem auch in Bezug auf die Informationsbüros. Sie werden aufgefordert, über die Aktivitäten der Gemeinschaft zu unterrichten, ihre Entscheidungen zu verteidigen, die Standpunkte einander anzunähern und dabei zugleich den Europagedanken zu fördern, die Informationsanfragen aus gut unterrichteten Kreisen zu beantworten und die weniger gut unterrichteten besser zu informieren. Entsprechend der bereits in den 50er Jahren eingeleiteten Dezentralisierung der Information in den Mitgliedstaaten fasst die Kommission 1968 den Beschluss, in Luxemburg und Brüssel neue Büros einzurichten.

Außenstelle Berlin In diesem Zusammenhang eröffnet Kommissionspräsident Jean Rey am 11. Juni 1968 eine Außenstelle des Bonner Büros in Berlin⁶⁵, Kurfürstendamm 102. Im Jahr darauf zieht das Bonner Büro in die Zitelmannstraße Nr. 22 um⁶⁶.

Gleichzeitig zielt die Politik der Dezentralisierung der Information auf „une adaptation du message aux audiences nationales“ („eine Anpassung der Botschaft an das Publikum in den einzelnen Mitgliedstaaten“) ab, und der Ausbau der Information auf regionaler Ebene wird verstärkt⁶⁷. In den Mitgliedstaaten wird der Nachdruck auch auf die Rolle der neuen Finanzinstrumente der Gemeinschaft

gelegt. Tatsächlich erhalten die Büros ab 1976 im Gefolge der Entwicklung von Instrumenten wie dem Regionalfonds, dem Sozialfonds, aber auch dem Europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) usw. zusätzliche Mittel⁶⁸. Die Büros nehmen also weiterhin eine wichtige Rolle bei der Auswahl der Informationsmaßnahmen, der Dezentralisierung der Information in den Regionen, aber auch bei der Rückkopplung der Entwicklung der öffentlichen Meinung an die Zentrale wahr.

Im Laufe der 70er Jahre passt das Presse- und Informationsbüro in Bonn seine Arbeit den technischen und gesellschaftlichen Veränderungen wie auch den politischen Herausforderungen an. Die schriftliche Information durch Magazine⁶⁹ und Newsletter wie etwa *Berichte und Informationen* oder durch die Verbreitung der wöchentlich erscheinenden Übersicht – *Blick nach Brüssel* – und Reden der europäischen Kommissare vor den akkreditierten Journalisten nimmt nach wie vor einen bedeutenden Platz unter den Informationsmitteln des Bonner Büros ein. Sie werden sogar als „très utiles“ („sehr nützlich“) eingeschätzt⁷⁰. Das Bonner Büro setzt jedoch auch Neuerungen ein und macht Gebrauch von neuen Informationsmethoden. So werden in den Printmedien Anzeigen und „Matern“⁷¹ verwendet, und ab 1975 zieht eine neue Wanderausstellung, bei der audiovisuelle Medien zum Einsatz kommen, von Stadt zu Stadt⁷².

Außer den Aktivitäten zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit verwendet die Informationspolitik weiterhin ebenso viel Energie auf den Kontakt zu den Universitäten, den Gewerkschaften und der Jugend⁷³. Ab dem Jahre 1975 wenden sich die Büros zusätzlich an neue Bevölkerungskategorien wie Politiker, Verbraucher und Manager oder auch an die Frauenverbände⁷⁴. So setzt das Bonner Büro seine Zusammenarbeit mit den deutschen Einrichtungen und Organisationen fort, um seine Aktivitäten umzusetzen. Die Information der Universitäten erfolgt unter Mitwirkung des *Arbeitskreises Europäische Integration*⁷⁵. Die schriftlichen Informationen werden vor allem über den Deutschen Gewerkschaftsbund verbreitet, der in den Fabriken Broschüren verteilen lässt. Mit Unterstützung der *Stiftung Warentest* werden Anzeigen und PR-Artikel über die Verbraucherpolitik platziert. Schließlich erklären sich auch das Landwirtschaftsministerium und die Agrargewerkschaften zur Verteilung von Broschüren bereit.

Außenstelle München 1979 beschließt die Kommission, ihre Politik der Informationsdezentralisierung in den Regionen der Mitgliedstaaten fortzusetzen⁷⁶. Sie sieht die Einrichtung zweier neuer Außenstellen in Deutschland und Italien vor⁷⁷. Die Verwirklichung dieses Programms lässt allerdings auf sich warten, denn 1984 nimmt nur die in Italien, in Mailand, eingerichtete Außenstelle

ihre Tätigkeit auf⁷⁸. In Deutschland fällt die Entscheidung über die Stadt, die eine neue regionale Außenstelle erhalten soll, schließlich zugunsten Münchens aus. Die bayerische Stadt „... est proposée en tant que capitale régionale du Sud de la RFA et de son rayonnement international dans les pays voisins ; elle confirmerait également la vocation européenne de la ville de Munich avec la présence dans cette ville, de l'Office européen des brevets“ („wird als Regionalhauptstadt im Süden der BRD und wegen ihrer internationalen Ausstrahlung in die Nachbarländer vorgeschlagen; sie würde auch die europäische Berufung der Stadt München bestätigen, in der das Europäische Patentamt seinen Sitz hat“)⁷⁹.

Kommissionspräsident Jean Rey (1967-70) eröffnet am 11. Juni 1968 eine Außenstelle des Bonner Büros in Berlin, Kurfürstendamm 102.



ALLE ZU DEN WAHLEN

*Herausforderung für die Europakommunikation:
Im Juni 1979 sind 180 Millionen Europäer aufgerufen,
die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum
ersten Mal direkt zu wählen.*

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre kommt es auch zu den ersten Informationsaktionen in den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die ersten allgemeinen Wahlen des Parlaments. Die Informationskampagne läuft bereits 1976 an⁸⁰. Das ist eine besondere Herausforderung, denn es gilt, 180 Millionen Wähler zu sensibilisieren⁸¹. Mit einem Sonderhaushalt⁸² genießt das Thema Direktwahl im Übrigen in den Informationsprogrammen von 1977 bis 1979 mit Abstand die höchste Priorität⁸³. In diesem Zusammenhang wird auch die Partnerschaft mit dem Fernsehen und dem Hörfunk ausgebaut⁸⁴. Am Ende dieses Jahrzehnts werden die Massenmedien unverzichtbar und kommen in idealer Weise

den Bestrebungen entgegen, die Öffentlichkeit mit vereinfachten, verständlichen und schlagkräftigeren Botschaften zu erreichen⁸⁵. Das Schwergewicht liegt von nun an mehr auf der Herstellung neuer audiovisueller Programme oder von Materialien unterschiedlicher Art, insbesondere von Dias oder neuen Filmen⁸⁶.

Kommunikation am Puls des Bürgers

Die Rolle der Büros für die Informationsverbreitung wird auch den Bedürfnissen der Öffentlichkeit angepasst⁸⁷. Die Kommission fordert nämlich ihre Büros auf, die Herstellung von Publikationen mit größerer Volksnähe und stärkerer Ausrichtung an der unmittelbaren Aktualität



in die Wege zu leiten. Das Material liegt in Form kleiner Broschüren und Faltblättern vor, in denen lediglich die wesentlichen Tatsachen über die Gemeinschaft erläutert werden und die den Bedürfnissen des nationalen Publikums angepasst sind⁸⁸. Als Beispiel sei die Zeitschrift *Über Europa* genannt, die in den Grund- und Sekundarschulen einiger Länder verteilt wird und derart erfolgreich ist, dass 310.000 Exemplare nachgedruckt und im ganzen Land verteilt werden⁸⁹. Das Bonner Büro hat auch mobile Informationseinheiten entwickelt, die zur Unterstützung der über 1000 Moderatoren, Vortragsredner und Professoren bereitstehen⁹⁰. Aufgrund dieser Gegebenheiten weisen die

Büros unter anderem auch auf die Rolle hin, die den europäischen Fonds dabei zukommt, den Bürgern verständlich zu machen, wie sich die Gemeinschaft in ihrem Alltagsleben auswirkt⁹¹. Die unmittelbaren Kontakte mit den deutschen Meinungsmachern und Bürgern kommen keineswegs zu kurz. Die Aufnahmefähigkeit der Büros für Besuchergruppen wächst beständig. Jedes Jahr veranstaltet das Bonner Büro Dutzende von Konferenzen, Seminaren und Diskussionen, vor allem in Zusammenarbeit mit der *Europäischen Bildungs- und Aktionsgemeinschaft* oder dem *Europäischen Club* in Bonn⁹².

DIE 80ER JAHRE:
KURSWECHSEL

9 May

Europe
Day



Building Europe Together



Seit 1986 wird der 9. Mai in den Europäischen Gemeinschaften/in der Europäischen Union offiziell als Europatag gefeiert. Das Ereignis bietet eine exponierte Plattform, um die Bürger über Europa zu informieren (Plakat aus dem Jahre 1992).

Die Informationspolitik der 80er Jahre bringt in gewissem Sinne einen Bruch mit der des vorangegangenen Jahrzehnts mit sich. Die Sondermittel für die Informationskampagnen aus Anlass der ersten Europawahlen werden nicht mehr bewilligt. Somit sieht sich die Europäische Kommission gezwungen, ihre Schwerpunktthemen wie auch ihre Kommunikationsmittel einer Überprüfung zu unterziehen. Eine Reihe von „Themen von dauerhaftem Interesse“, die eingehend und über einen Zeitraum von mehreren Jahren behandelt werden sollen, wird ins Gespräch gebracht. Die Energiepolitik, die neuen Technologien, die Beziehungen zu den Drittstaaten oder die Sozialpolitik finden zu Beginn der 80er Jahre besondere Aufmerksamkeit⁹³.

Im Fokus: Medienkooperation

In diesem Zusammenhang nehmen wiederum die Medien eine bevorzugte Stellung ein, um die Öffentlichkeit zu erreichen, und dies auch noch zu geringeren Kosten⁹⁴. In der Bundesrepublik Deutschland wird das Wochenbulletin *Berichte und Informationen* den regionalen Journalisten regelmäßig zugestellt,

und das Büro bietet für 230 Lokalzeitungen einen ständigen Artikeldienst mit fertigen Beiträgen in Form von „Matern“ an. 1984 wird eine Partnerschaft mit der Agentur *Pro Lokalzeitung* geschlossen, die das Schreiben und die Verbreitung von Artikeln entsprechend den von den Bonner Beamten vorgegebenen Themen und Grundinformationen übernimmt⁹⁵. Ebenso werden Magazine wie das *EG Magazin*⁹⁶ und die Beilage *Euroforum* oder auch gezielte Informationsaktionen weiterhin als Informationsträger für Zielgruppen und Meinungsmultiplikatoren eingesetzt⁹⁷. Die Erfahrungen, die das Bonner Büro mit den Wanderausstellungen macht, werden hier ebenfalls als Beispiel genannt, denn diese Veranstaltungen sorgen für eine physische Präsenz in den Regionen und ermöglichen es, die Bürger vor Ort anzusprechen. Die Veröffentlichungen werden überarbeitet und in höherer Auflage verbreitet, was darauf hinausläuft, dass ein Großteil der den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehenden Mittel für das Kommunikationswesen dafür verbraucht wird⁹⁸.

Die zweiten Europawahlen im Jahre 1984 lösen keine Neubelebung der

Informationstätigkeit der Europäischen Kommission aus. Sondermittel werden nicht zur Verfügung gestellt, aber nach wie vor stellen die Wahlen einen besonderen Anlass dar, um Informationen zu verbreiten, die Öffentlichkeit anzusprechen, die Rolle der Kommission hervorzuheben und eine öffentliche Europadebatte anzuregen⁹⁹. Erneut ergibt sich die Gelegenheit, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und die Wählerschaft anzusprechen¹⁰⁰. Entscheidend ist natürlich die Wahlbeteiligung, vor allem die der Jungwähler, die die Wahlkabinen zum ersten Mal aufsuchen, oder die der Frauen, die einen erheblichen Teil der Wählerschaft ausmachen.

Im Laufe dieses Wahljahres entfaltet das Bonner Büro eine rege Tätigkeit. Es leistet den Machern von Fernseh- und Hörfunkprogrammen wie etwa der Radiosendung „Europäische Wochen“ des *Deutschlandfunks* Unterstützung und beteiligt sich an den Werbekampagnen der

Europäischen Bewegung¹⁰¹. Das Bonner Büro steht wie alle anderen auch den Abgeordneten und Kandidaten mit Rat und Tat zur Seite und versorgt sie mit Dossiers über Europa und die Einwirkung der Gemeinschaft auf ihren jeweiligen Mitgliedsstaat¹⁰². Am Tag nach den Wahlen ist die Stunde der ersten Bilanzen gekommen. Angesichts einer niedrigeren Wahlbeteiligung als bei den ersten Europawahlen nimmt die Europäische Kommission vor allem mit Meinungsumfragen und anhand der Einstellung der zentralen und regionalen Redaktionen der Medien eine Überprüfung der Probleme mit der Öffentlichkeit vor¹⁰³.

In doppelter Mission: Informationsdienst für Bürger und Kommission In Anbetracht der wachsenden Aktivitäten der Büros erachtet es die Europäische Kommission auch für angebracht, darauf hinzuweisen, dass „la vocation première [des bureaux] est d’assurer le relais et la diffusion de l’information de la Com-

mission et d’assurer un flux d’informations vers la Commission. Il est dès lors demandé aux Directions générales et services de ne pas solliciter les bureaux pour des tâches de logistique et d’intendance, qui ne sont pas de leur ressort et pour lesquelles ils ne sont de toute façon pas équipés“ („die vornehmste Aufgabe [der Büros] darin besteht, die Weitergabe und Verbreitung der Informationen der Kommission sicherzustellen und einen Informationsfluss hin zur Kommission zu gewährleisten. Die Generaldirektionen und Dienststellen werden deshalb gebeten, die Büros nicht für logistische und Verwaltungsaufgaben in Anspruch zu nehmen, für die sie nicht zuständig sind und für die sie nicht ausgestattet sind“)¹⁰⁴.

Großereignisse & Sport Im Laufe der 80er Jahre richten sich die Kommunikationsthemen an verschiedenen Großereignissen aus wie etwa dem 25. Jahrestag der Verträge von Rom, dem 100. Geburtstag von Robert Schuman, der Erweite-

rung oder auch dem ersten Europatag am 9. Mai 1986 sowie an den großen europäischen Politikbereichen wie der Vollendung des Binnenmarkts, dem Europa ohne Grenzen, dem Europa der Bürger und der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)¹⁰⁵. Dass sich die Gemeinschaft dem Sport zuwendet, um durch ihn näher an den Bürger heranzukommen und ihn für den Europagedanken zu sensibilisieren, stellt damals zu Beginn der 80er Jahre eine Neuerung in der Informationspolitik der Kommission dar. Mit anderen Worten wird der Sport als Mittel der Kommunikation zwischen den Völkern genutzt¹⁰⁶. In der BRD wird in zwölf Städten eine Wanderausstellung „Plätze Europas“¹⁰⁷ durchgeführt, während in Bonn die Festveranstaltungen anlässlich des 2000-Jahr-Jubiläums der Stadt gemeinsam mit den örtlichen Behörden organisiert werden¹⁰⁸.

AUS DEN PRESSE- UND
INFORMATIONSBÜROS
WERDEN VERTRETUNGEN



5 VON 37

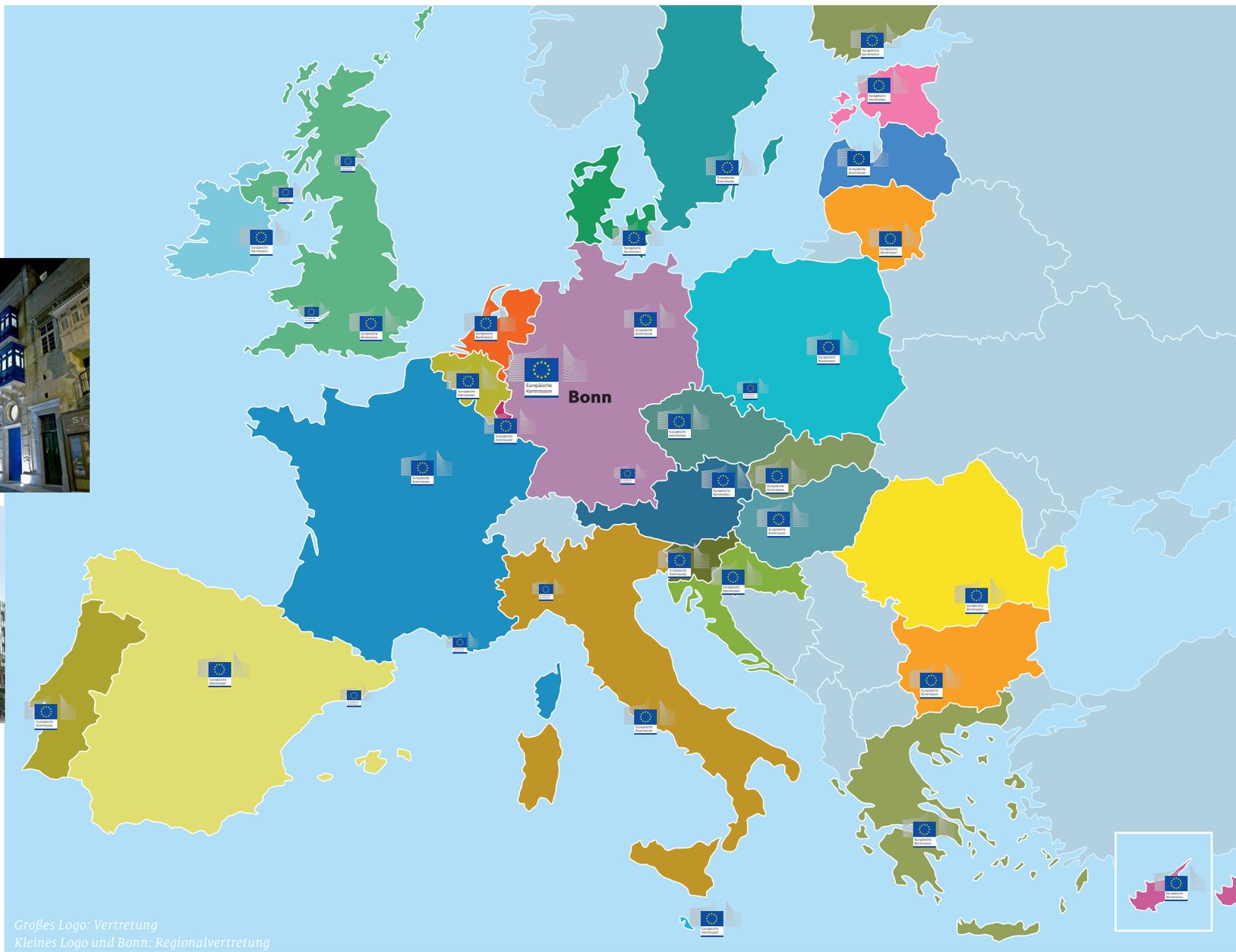
Vertretungen der Europäischen Kommission

von oben nach unten:

Wien, Sofia, Valetta, Warschau und Barcelona



VOM BONNER BÜRO ZU 37 VERTRETUNGEN IN EUROPA



Großes Logo: Vertretung
 Kleines Logo und Bonn: Regionalvertretung



*Info-Points:
Direkter Kontakt der
Europäischen Union
zu seinen Bürgern*

1989: Jahr der Neuausrichtung

Prägende Ereignisse am Ende dieses Jahrzehnts sind der Fall der Berliner Mauer und die deutsche Vereinigung, aber es ist auch die Zeit, in der die bedeutendste Reform der Rolle der Presse- und Informationsbüros stattfindet¹⁰⁹. Bis zum Jahre 1989 besteht die Hauptaufgabe der Büros, auch wenn sie punktuell andere Aufgaben politischer oder diplomatischer Natur übernommen haben, in der Informationsverbreitung. Das Bedürfnis, noch besser über die Befindlichkeit der Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten und die politischen Tendenzen informiert zu sein, veranlasst die Kommission indessen, die Tätigkeit der Büros neu auszurichten. Die Kommission wünscht unter anderem eine Stärkung der Vertretungsrolle in Bezug auf die vorrangigen Zielgruppen, seien es nun politische Kreise oder die Sozial- und Wirtschaftspartner. Konkret haben die Büros nunmehr den Auftrag, Berichte über politische Themen zu liefern. Davor wurden die

wichtigsten Tendenzen und Geschehnisse in den Mitgliedstaaten in den politischen Monatsberichten bereits abgehandelt. Aber sie erscheinen jetzt häufiger und in verschiedenen Formaten – *Flash reports*, *Monthly Political Reports*, *Political Calendars*¹¹⁰, *EC Member State Country Reports* usw. – und werden veröffentlicht oder der jeweiligen Zielgruppe zugestellt. Ihre Form hat sich seitdem weiterentwickelt, aber das Grundprinzip dieses Dienstes ist unverändert. Ebenso werden Informationsvermerke politischen Inhalts für die Kommissionsmitglieder und hohen Beamten verfasst, die den Mitgliedstaaten einen Besuch abstatten.

Umbenennung: Vertretung der Europäischen Kommission Schließlich erhalten die Büros in der Absicht, der Reform von 1989 deutlicheren Ausdruck zu verleihen, nunmehr die Bezeichnung „Vertretung der Europäischen Kommission“. In Bonn werden diese Veränderun-

gen vom Nachfolger Ernst Wallrapps als Leiter des Büros, Prof. Dr. Gerd Langguth, koordiniert¹¹¹. In dieser Zeit findet auch die Informatisierung der Arbeit statt.

Stärkung der Mittlereinrichtungen

Um weiterhin weite Teile der Bürger Europas erreichen zu können, stützen sich die Vertretungen auf neue Mittlereinrichtungen [relais]¹¹². Neben den Europäischen Dokumentationszentren in den Universitäten werden andere Wege eingeschlagen, um neue Zielgruppen zu erreichen. Im Rahmen des Programms zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen ist den *Euro Info Centren* bzw. *Euroschaltern* die Aufgabe zugeordnet, den Unternehmen Informationen über die Politik, die Regelungen und die Vorhaben auf europäischer Ebene im Hinblick auf den für 1992 vorgesehenen Binnenmarkt zu liefern. In demselben Sinn werden *Carrefours d'animations rurales* (Betreuungsforen für den ländlichen Raum) eingerichtet, die die Strategie zur Information und Sensibilisierung der Landbevölkerung umsetzen sollen. Aufgabe dieser Informationszentren ist es, die verschiedenen sozioökonomischen Akteure über die Gemeinschaftspolitiken zu unterrichten, die Zusammenarbeit zwischen diesen Akteuren zu verbessern, den Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen ihnen zu erleichtern, diesen Akteuren in der Partnerschaft mit den europäischen Institutionen zu einer aktiven Rolle zu verhelfen und schließlich der Kommission eine unmittelbare Informationsquelle zu verschaffen¹¹³.

Als Ergänzung zu diesen speziellen Informationszentren befürwortet die Europäische Kommission die Einrichtung zahlreicher *Info-Points Europa*. Sie sollen als Kontaktstelle zwischen der Allgemeinheit und der Europäischen Union dienen. Sie sind zusätzlich zu den Informationsforen im ländlichen Raum tätig, wenden sich an die städtische Bevölkerung und werden von bereits bestehenden Einrichtungen in den größeren Städten der Mitgliedstaaten getragen. Träger dieser neuen Informationszentren sind oft öffentliche Stellen, z.B. Städte und Kommunen oder von ihnen beauftragte Einrichtungen. Die Tätigkeit der *Info-Points* gilt der Verbreitung von Basisinformationen über die Europäische Union, der Unterstützung bei der Suche nach Informationen und schließlich der Teilnahme an der Europadebatte durch die Organisation öffentlicher Veranstaltungen. Das Netz von Vortragsrednern schließlich, das bis heute unter der Bezeichnung *Team Europe* bekannt ist und auf das sich die Bonner Vertretung stützt, gehört zu den aktivsten in Europa und wird stark in Anspruch genommen, um auf die großen Fragen am Ende dieses Jahrhunderts einzugehen. Dieses gesamte Gefüge entwickelt sich im Laufe der 90er Jahre zu einem sehr dichten Netzwerk, das sich über ganz Europa zu erstrecken vermag. Dies ist ganz besonders in Deutschland der Fall und von großem Nutzen für die neuen Länder, die durch die Vereinigung Teil der Bundesrepublik wurden.

INFRAGESTELLUNG UND
NEUBELEBUNG DER
KOMMUNIKATIONSPOLITIK



Kommissionspräsident Jacques Delors (1985–1995) gibt der Kommunikation innerhalb der Europäischen Gemeinschaften neue Impulse.

Zusammenarbeit EU-Kommission – Europäisches Parlament stärken Allen Bemühungen zum Trotz lassen die Verabschiedung des Vertrages von Maastricht und die damit einhergehende Diskussion eine Reihe von Mängeln im Bereich der Information der Bürger offenbar werden. Um Abhilfe zu schaffen, wird Ende 1992 eine Sachverständigengruppe gebildet. Unter dem Vorsitz von Willy De Clercq soll die Gruppe im Auftrag der Kommission eine neue Strategie erarbeiten, die die Bedürfnisse und Anliegen der europäischen Bürger berücksichtigt. In dem

Bericht der Gruppe wird unter anderem empfohlen, die Vertretungsrolle der Büros [sic] der Kommission und des Parlaments gegenüber den europäischen Institutionen zu stärken. Im Interesse einer kohärenten Kommunikationspolitik und einer besseren, schnelleren und genaueren Information sollten sie politische Weisungen aus der Zentrale erhalten. Ihre Tätigkeit müsse intensiviert und ihre Mediennetzwerke aktiv genutzt werden. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden europäischen Organen müsse verbessert werden¹¹⁴.

Reformer: Jacques Delors Zum Abschluss der Diskussion gibt Kommissionspräsident Jacques Delors eine Stellungnahme ab, in der es heißt: „constate que la politique de communication de la Commission n’est actuellement pas bonne et que la Commission doit chercher à l’améliorer en tenant compte des contraintes politiques auxquelles elle doit faire face“ („stellt fest, dass die Kommunikationspolitik der Kommission gegenwärtig nicht gut ist und dass die Kommission bestrebt sein muss, sie unter Berücksichtigung der politischen Zwänge, denen sie sich gegenübersteht, zu verbessern“)¹¹⁵. Die Europäische Kommission entwickelt daraufhin einen neuen Ansatz in der Informations- und Kommunikationspolitik sowie die Einrichtung der für seine Umsetzung erforderlichen Strukturen¹¹⁶. Rolle und Tätigkeit der Vertretungen werden jedoch nicht infrage gestellt. Im

Gegenteil, die Kommission vertritt die Auffassung, dass sie gute Arbeit geleistet hätten, und befürwortet die Kontinuität und Konsolidierung ihrer Aufgabenstellung¹¹⁷. Sie sollen nach wie vor das Ohr am Puls der Zeit haben, d. h. die Meinung der Entscheidungsträger, der Medien, der Politiker und der Bürger erfahren und sie zur Kenntnis bringen. Auf der Ebene der Kommunikation sind sie weiterhin dafür zuständig, die einwandfreie Übermittlung der gesammelten Informationen an die Zentrale sicherzustellen und die Botschaft der Europäischen Kommission aufs Beste der Öffentlichkeit zu vermitteln. Schließlich werden die Vertretungen noch beauftragt, die Diskussion über Europa zu fördern und wichtige Veranstaltungen zu koordinieren. Ab 1994 wird die Tätigkeit in Bonn von einem neuen Leiter der Vertretung, Axel R. Bunz, organisiert.¹¹⁸

PARTNERSCHAFTLICH
ZUSAMMENARBEITEN

Kooperation mit örtlichen und regionalen Behörden

Im Laufe der Jahre arbeiten die Vertretungen auch gemeinsam mit den anderen europäischen Institutionen sowie den örtlichen und regionalen Behörden daran, die Kohärenz und die Qualität des Dienstes zu verbessern¹¹⁹. Die Europawahlen bieten ein weiteres Mal eine günstige Gelegenheit. In Deutschland stellt das Pilotprojekt *Wählen gehen* ein Beispiel für die Zusammenarbeit mit der staatlichen Verwaltung dar. Darüber hinaus erstellen die Generaldirektionen für Information des Parlaments und der Kommission einen ersten gemeinsamen Bericht über ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Information in den nächsten fünf Jahren. In ihm werden die Informations- und Kommunikationsaktivitäten beschrieben, die die beiden Organe sowohl auf zentraler als auch auf der Ebene der Büros und Vertretungen in enger Zusammenarbeit betreiben. Es geht vor allem darum, diese Strukturen unter einem gemeinsamen Dach zusammenzufassen und auf diese Weise „Europäische Häuser“ einzurichten und eine Verstärkung der Maßnahmen im Hinblick darauf vorzusehen, der Öffentlichkeit und den Abgeordneten gemeinsame Dienstleistungen anzubieten¹²⁰.

Bonn geht online Im Bereich der Informationspolitik arbeiten die Dienststellen der beiden Organe bei der Organisation von Veranstaltungen wie der Weltausstellung in Hannover im Jahre 2000,

von Seminaren und Kolloquien zusammen und erstellen gemeinsame Veröffentlichungen oder Newsletter¹²¹. Seit Januar 1996 bietet Bonn auch einen *Online-Informationen- und Auskunftsdienst* an¹²². Für den 9. Mai haben die Bonner Büros von Kommission und Parlament gemeinsam 20 Veranstaltungen unter dem Titel *Mitreden über Europa!* über die 16 Länder verteilt organisiert. Konkret finden offene Diskussionen zwischen Bürgern und Europapolitikern statt, während gleichzeitig Telefonleitungen zu den Redaktionen der teilnehmenden großen Zeitungen geschaltet werden. Damit erhalten die Landesminister für europäische Angelegenheiten, die örtlichen Europaabgeordneten und die Büroleiter Gelegenheit, den Bürgern direkt zu antworten. Über den Verlauf wird anschließend in der Presse ausführlich berichtet¹²³.

Schwerpunkt audiovisuelle Medien

In dieser Hälfte der 90er Jahre wird auch der Bildungssektor zum vorrangigen Partner gemacht, und zugleich legt man sich auf die audiovisuellen Medien als hauptsächliches Kommunikationsmittel fest. Dies findet insbesondere darin seinen Niederschlag, dass Fachleute für audiovisuelle Medien für die Vertretungen arbeiten. Gleichzeitig werden die Partnerschaftsverträge der Informationsstellen und -netze so ausgestaltet, dass darin der Gedanke einer Informationsquelle für die Europäische Union konkretisiert



wird, unabhängig davon, welche örtliche Ebene in dem Mitgliedstaat sich dafür am besten eignet¹²⁴. Zu den Projekten, die diese Zeit ebenfalls prägen, gehört das ehrgeizige Programm PRINCE, das zunächst drei vorrangige Maßnahmen umfasst: „Citizens First“, „Construire l’Europe ensemble“ („Europa gemeinsam aufbauen“) und selbstverständlich den „Euro“¹²⁵. Beträchtliche – um nicht zu sagen, alle – Mittel werden eingesetzt, um die europäischen Bürger über ihre Rechte, die Zukunft Europas und die Einführung der einheitlichen Währung zu informieren¹²⁶. Ein Großteil fließt den Maßnahmen der Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft

zu, aber erneut spielen die Vertretungen eine wesentliche Rolle für die Koordinierung der Aktivitäten. Um die Bürgerinnen und Bürger besser über ihre Rechte aufzuklären und sie bei deren Wahrnehmung zu unterstützen, steht in der Bonner Vertretung auch ein Jurist als Bürgerberater zur Verfügung. Der erste Bürgerberater ist Axel Voss, seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments¹²⁷.

*Kommunikation am Puls der Zeit:
Seit Januar 1996 bietet das Bonner Büro einen
Online-Informationen- und Auskunftsdienst an.*

VON BONN NACH BERLIN

Von Bonn nach Berlin Im Jahre 1990 wird Berlin wieder zur Hauptstadt des vereinigten Deutschlands. Im Jahr darauf beschließt der Bundestag den Umzug der Ministerien und Behörden von Bonn nach Berlin. Die Kommission verfolgt aufmerksam die Bewegungen zwischen den beiden Städten. 1996 befinden sich die Berliner Außenstellen von Kommission und Parlament bereits unter einem Dach, während als Standort für die künftigen Einrichtungen im Zuge der Hauptstadtverlagerung von Bonn nach Berlin die Allee *Unter den Linden* ausgewählt wird. In Bonn sind die Einrichtungen an getrennten Orten untergebracht, doch mit der Hauptstadtverlagerung ergibt sich die Möglichkeit einer Zusammenlegung¹²⁸. Dennoch schließt sich die Vertretung in Deutschland dem Umzug erst an, als auch Kanzler und Regierung 1999 nach Berlin gegangen sind. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Bonn richten sich im August 1999 in der neuen Hauptstadt ein, und zwar *Unter den Linden* 78. Folgerichtig nimmt Axel Bunz weiterhin das Amt des Leiters der Vertretung wahr¹²⁹, bleibt zugleich aber „kommissarischer“ Leiter des Bonner Büros¹³⁰. Die Handvoll Beamte, die in Bonn bleiben, bilden die Regionalvertretung, die ihren Sitz am Bertha-von-Suttner-Platz Nr. 2–4 erhält, wo bis dahin der *Info-Point* der Vertretung untergebracht ist.

Presse- und Kommunikationsdienst

Nach dem Amtsantritt der Kommission Romano Prodi im September 1999 wird der Beschluss gefasst, den Presse- und

Kommunikationsdienst einzurichten¹³¹, der für die Beziehungen zu den Medien, den Vertretungen in den Mitgliedstaaten und andere verwandte Themen zuständig ist. Es wird auch eine neue Generaldirektion Erziehung und Kultur zur Koordinierung der Informationspolitik gegenüber der Allgemeinheit geschaffen. Der Presse- und Kommunikationsdienst ist seinerseits aus der Verschmelzung des früheren Sprecherdienstes mit den für die Informationsnetze und die audiovisuellen Erzeugnisse zuständigen Abteilungen der ehemaligen DG X hervorgegangen. Er ist auch für die Vertretungen in den Mitgliedstaaten verantwortlich. Ziel dieser Umstrukturierung ist es eingeständenermaßen, dass die Kommission in Gestalt ihres Sprechers – der dem Präsidenten unmittelbar unterstellt ist und für die Informations- und Kommunikationspolitik zuständig ist – mit einer Stimme spricht. Der Gedanke einer Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Parlament und Kommission wird jedoch nicht aufgegeben.

Generaldirektion Presse und Kommunikation 2001 kommt die Kommission in ihrem Weißbuch „Europäisches Regieren“¹³² und im Rahmen des Projekts „Peer Group“ zu dem Schluss, dass es notwendig sei, eine neue Informationsstrategie auf den Weg zu bringen und die 1999 eingeleitete Umstrukturierung der Dienste zu Ende zu führen¹³³. Diese Reorganisation hat zum Ziel, einen neuen integralen Ansatz für die Informations- und Kommunikationspolitik der Kommission auf

Umzug nach Berlin: Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung wird das Berliner Büro, Unter den Linden 78, zum Hauptsitz der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland.



die Beine zu stellen. In der Tat wird ein neuer Rahmen für die Zusammenarbeit im Bereich der Informationstätigkeit der Europäischen Union Gegenstand einer Mitteilung¹³⁴. In dieser werden die anderen Organe, darunter der Rat, sowie die Mitgliedstaaten aufgefordert, sich an einer Umgestaltung dieser Politik zu beteiligen. Auf der Grundlage dieser neuen Ausrichtung wird der Presse- und Kommunikationsdienst zur Generaldirektion Presse und Kommunikation, die unmittelbar dem Kommissionspräsidenten untersteht. Gleich im Anschluss daran legt die Europäische Kommission eine neue Informationsstrategie vor¹³⁵, die sich für die kommenden Jahre ehrgeizigere

Ziele setzt und in der sie schlussfolgert: „Information und Kommunikation dürfen nicht länger als eine Art sekundäres Anhängsel oder zusätzliche Belastung für die Arbeit der Europäischen Union betrachtet werden“. Ferner heißt es darin, die Europäische Union müsse „ihre Informationspolitik in einen schlüssigen Gesamtrahmen einfügen und dabei die politische Führung übernehmen“. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren findet einige Jahre später ihren Niederschlag im Abschluss von Verwaltungspartnerschaften, durch die Dutzende von gemeinsamen Kommunikationsprojekten, die hauptsächlich auf die Jugend abzielen, Gestalt annehmen¹³⁶.



Europa-Punkt.

Aufgabenteilung Die Information der Öffentlichkeit wird in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten zur alleinigen Domäne der Informationsstellen und -netze. Die Vertretungen wirken weiter an der Informationsverbreitung mit, jedoch „plus spécialement en apportant leur concours aux campagnes d’information spéciales décidées par la Commission“ (insbesondere durch ihre Beteiligung an den von der Kommission beschlossenen besonderen Informationskampagnen)¹³⁷.

Die Vertretungen müssen sich nunmehr auf ihre politische Rolle, Fachinformationen, die großen Informationskampagnen der Europäischen Union und die logistische Unterstützung von Besuchen konzentrieren¹³⁸. Sie werden aufgefordert, ihr Mediennetz auszubauen und eine an die Verhältnisse des Gastlandes ange-

passte Strategie zu verfolgen. Sie müssen die Auswertung der relevanten nationalen, regionalen und fachbezogenen (politischen, wissenschaftlichen usw.) Presse organisieren und die Information nach Brüssel weiterleiten. Die audiovisuellen Medien haben Priorität, und persönliche Kontakte sind immer mit Vorrang zu pflegen. Die Entscheidung über die Teilnahme oder Nichtteilnahme an Veranstaltungen wird kritischer, zielgerichteter getroffen, und der potenzielle mediale Nutzen wird sorgfältig abgewogen.

Öffentlichkeitsarbeit und Kontaktpflege Auch das politische Netzwerk muss sich erweitern, um „des rapports et des renseignements de haut niveau“ („Berichte und Informationen auf hohem Niveau“) liefern zu können¹³⁹. Die öffentliche Meinung muss ebenfalls

Unter einem Dach: Der gemeinsame Sitz der Vertretungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in Berlin ist Ausdruck der engen Zusammenarbeit beider Institutionen im Bereich der Kommunikation.

analysiert und übermittelt werden. Die Unterstützung der Mitglieder der europäischen Organe bei Besuchen, ebenso die Förderung der Diskussion über die europäische Integration, die Kontakte mit den Denkfabriken und die Verteidigung der politischen Entscheidungen der Europäischen Kommission gegen die Widerstände in den Mitgliedstaaten gehören weiterhin zu den Aufgaben¹⁴⁰. Es kommt ihnen also eine Doppelrolle auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit wie auch der Kontaktpflege im politischen Raum zu. Die Regionalvertretungen wie in Bonn oder München leisten dasselbe auf regionaler Ebene. Die Reform bringt allerdings Mehrarbeit mit sich, während Bonn unter einer unzureichenden Mittelausstattung leidet. Seit dem Rollentausch der Vertretungen in Bonn und Berlin 1999, durch den das Bonner Büro zur Regio-

nalvertretung wurde, hat diese keinen Leiter mehr¹⁴¹, und lediglich vier Beamte, die von vier Ortskräften unterstützt werden, erfüllen die ihnen obliegenden Aufgaben¹⁴². 2004 wird Gerhard Sabathil zum Leiter der Vertretung in Deutschland (Berlin) ernannt. Schon bald gelingt es ihm, eine Stelle für die Leitung der Bonner Vertretung zu erhalten, auf der Barbara Gessler im gleichen Jahr die Nachfolge von Axel Bunz antritt. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang sicherlich der Einsatz des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück sowohl bei Kommissionspräsident Romano Prodi als auch beim deutschen Kommissar Günter Verheugen für die Besetzung der „Stelle des Leiters der Außenstelle Bonn der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland“¹⁴³.

DIE JAHRE DER ÖFFENTLICHEN
DEBATTE, DES DIALOGS UND
DER DEMOKRATIE

Europe Direct Die folgenden Jahre sind von maßgeblicher Bedeutung, denn die Europäische Kommission möchte die Kommunikationspolitik in den Mittelpunkt der Debatten rücken. So wird die Kommission José Manuel Durão Barroso, die auf die von Romano Prodi folgt, auf der Tagung des Europäischen Rates vom November 2004 aufgefordert, eine neue Kommunikationsstrategie auszuarbeiten¹⁴⁴. Ein Aktionsplan, der eine zeitnahe Reaktion auf die den Verfassungsvertrag ablehnenden Referenden in Frankreich und den Niederlanden darstellt, ist der erste Schritt auf dem Weg zu einer verbesserten Kommunikation über Europa¹⁴⁵. Zu den Maßnahmen, die beschlossen werden, gehört der Rahmen für die Einrichtung von Informationsstellen der zweiten Generation, der vor allem im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union im Jahre 2004 zu sehen ist. Das neue Netz wird unter dem Banner *Europe Direct* geschaffen und ersetzt die früheren *Info-Points* und *Carrefours*¹⁴⁶.

Demokratie – Dialog – Diskussion

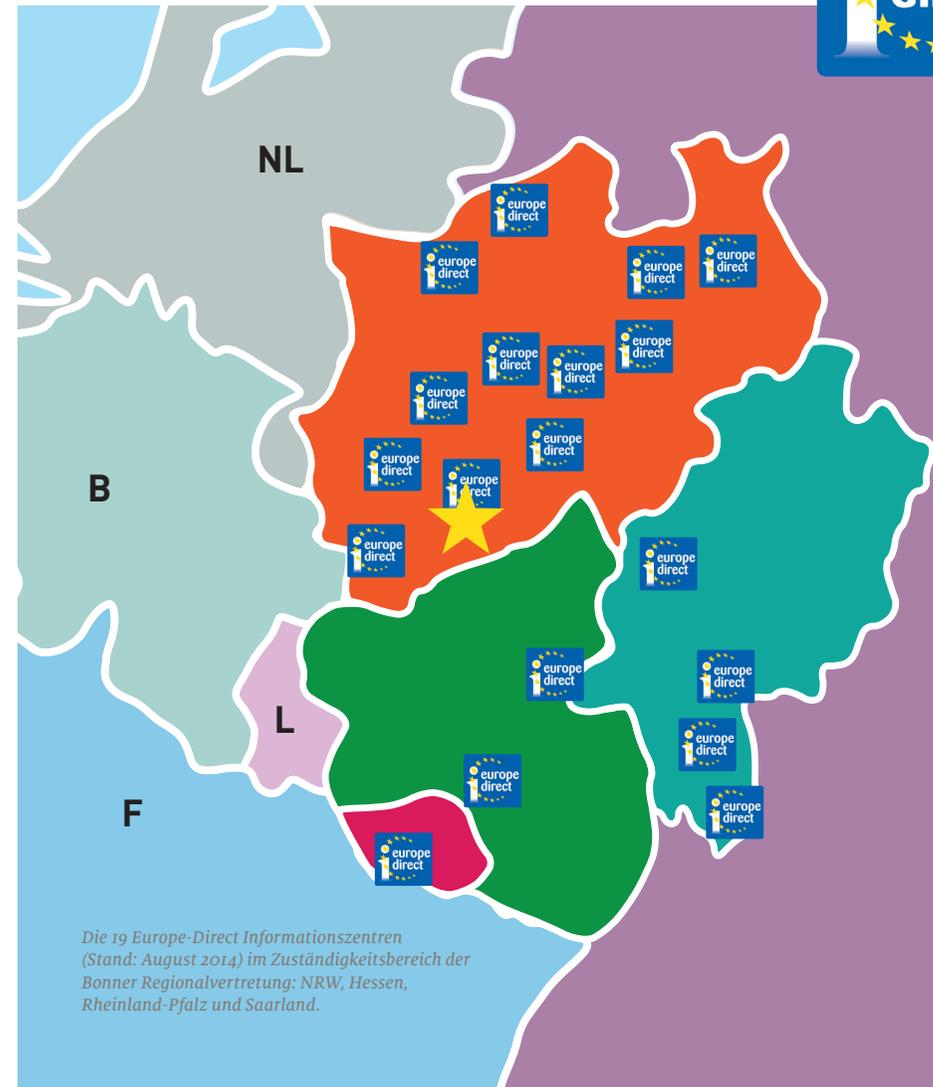
Einige Monate später hebt die Europäische Kommission auch ihren Plan D wie Demokratie, Dialog und Diskussion aus der Taufe, dessen Ziel es ist, die Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union anzustoßen und auf die Erwartungen der Bürger einzugehen¹⁴⁷. Der zweite Schritt der neuen Strategie wird 2006 mit der Ausarbeitung eines Weißbuchs über eine europäische Kommunikationspo-

litik getan¹⁴⁸. Sein Ziel ist es, einen groß angelegten Konsultationsprozess zur Verbesserung der Kommunikation und zur Neubelebung der öffentlichen Diskussion in Europa auf den Weg zu bringen. Nach Abschluss des Konsultationsprozesses werden Arbeitsgruppen für die ermittelten Hauptthemen und zur Ausarbeitung konkreter Vorschläge für Aktionen gebildet¹⁴⁹. Schließlich wird die Generaldirektion „Presse und Kommunikation“ im Jahre 2006 in GD „Kommunikation“ umbenannt, um so der neuen Strategie der Kommission besser zu entsprechen¹⁵⁰.

Generaldirektion Kommunikation

In die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2007 fällt der 50. Jahrestag der Verträge von Rom. Damit ergibt sich eine ausgezeichnete Gelegenheit, die neue Kommunikationsstrategie der Europäischen Kommission umzusetzen. Unter dem Motto *going local* wird das Konzept der direkten Kommunikation vor Ort zum Leitprinzip. Den Abstand zwischen den europäischen Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern durch eine verstärkte Präsenz vor Ort zu verringern und neue Formen der öffentlichen Diskussion einzuführen, die Akteure aller Ebenen einbeziehen, das sind jetzt die Grundsätze der Kommunikationsstrategie. Die Jugend ist nach wie vor eine prioritäre Zielgruppe. Während der Präsidentschaft werden Hunderte von Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern der europäischen Institutionen, die ihre höhere Schulbildung in Deutschland erhalten haben, zu Treffen mit Schülern in ihre ehemaligen Schulen entsandt.



Die 19 Europe-Direct Informationszentren (Stand: August 2014) im Zuständigkeitsbereich der Bonner Regionalvertretung: NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

DIE BONNER VERTRETUNG
HEUTE

Das Bonner Büro heute, Bertha-von-Suttner-Platz 2-4.



Auch heute noch füllt die Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn ihre Rolle in vollem Umfang aus. Sie betreut Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland und damit fast 30 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger. Sie ist nach wie vor das Bindeglied zwischen der Kommission und der Öffentlichkeit und sucht ständig den Dialog mit den Menschen, den Medien und der Politik in der Region. Seit 2009 wird die Regionalvertretung in Bonn von Dr. Stephan Koppelberg geleitet, während Richard Kühnel seit dem 1. Juni 2014 das Amt des Leiters der Vertretung in Deutschland mit Sitz in Berlin innehat.

Schwerpunkt Medienarbeit Besonders hohe Priorität hat wie bereits 1954 die Medienarbeit. Wie vor 60 Jahren sind von der Vertretung gemeinsam mit dem Besucherzentrum der Europäischen Kommission organisierte Informationsbesuche von Journalistengruppen bei der Kommission und den anderen EU-Institutionen in Brüssel beliebt und erfolgreich. Auch Seminare und Besuche in Redaktionen sowie Interviews oder deren Vermittlung gehören zur Medienarbeit. Zusätzlich entwickelt die Bonner Vertretung ein neues Format: Sie lädt Gruppen von Journalistinnen und Journalisten zu einer eintägigen Bustour, bei der verschiedene mit Mitteln aus dem EU-Haushalt finan-

zierte Projekte besucht werden. Dieses Konzept erweist sich als so effektiv, dass es auch von anderen Kommissionvertretungen übernommen wird. Auch die 2009 in Betrieb genommene eigene Webseite enthält immer mehr Angebote für insbesondere kleinere Medien, so etwa O-Töne und vorgefertigte Interviews im MP3-Format. Auch unter der zunehmenden Zahl der Nutzer des Twitter-Dienstes der Bonner Regionalvertretung finden sich viele Medienvertreter.

Strategische Partnerschaften

Auf der politischen Ebene stehen im Mittelpunkt der Tätigkeit der Vertretung die strategischen Partnerschaften mit den Regierungen der vier Länder ihres Zuständigkeitsgebiets. Diese Partnerschaften dienen der Durchführung zahlreicher gemeinsamer Projekte mit den örtlichen und regionalen Verwaltungen zur Förderung des Europagedankens und des Bewusstseins dafür in der Bevölkerung. Auch die Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene wird schrittweise ausgeweitet, insbesondere gemeinsam mit der NRW-Landesregierung im Rahmen der Auszeichnung „Europaaktive



Kommunen in NRW“ sowie vor Ort mit der Stadt Bonn.

Kontakt zu Landtagen Intensiviert wird auch der Kontakt zu den Landtagen – in unterschiedlichen Formaten: EU-Workshops und europäisch ausgerichtete parlamentarische Abende in den Landtagen, auswärtige Sitzungen der EU-Ausschüsse, auch in den Räumlichkeiten der Vertretung in Bonn, usw. Für Politiker sowohl der Landes- und der kommunalen Ebene organisiert die Vertretung auch Informationsbesuche bei den europäischen Institutionen in Brüssel.

2013 nimmt der Landtag NRW einstimmig einen gemeinsamen Antrag aller im Landtag vertretenen Parteien an, in dem er die Einrichtung eines Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Bonn fordert. Hintergrund ist die Tatsache, dass ein solches EP-Büro seit 1999 in Bonn nicht mehr existiert und Bonn damit eine große Ausnahme ist, denn an 34 Standorten mit einer Vertretung der Kommission gibt es auch ein Informationsbüro des Parlaments. Parlamentsspräsident Martin Schulz setzt sich da-

Seit dem 1. Juni 2009 führt Dr. Stephan Koppelberg die regionale Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn.



raufhin dafür ein, dass einem der Mitarbeiter des Informationsbüros in Deutschland eine spezifische Zuständigkeit für Nordrhein-Westfalen zugeteilt wird – eine Lösung, die regelmäßige Anwesenheit in den Büroräumen der Kommissionsvertretung beinhalten wird¹⁵¹.

EU-Informationsnetze Die Vertretung kooperiert außerdem eng mit den von der

Kommission unterstützten EU-Informationsnetzen in ihrem Gebiet: Sie nimmt aktiv an deren Veranstaltungen teil und organisiert für sie regelmäßig regionale Netzwerktreffen. Dazu gehören u. a. die Europe-Direct-Informationszentren, das Team Europe, das Enterprise Europe Network sowie europäische Dokumentationszentren. Die 19 Europe-Direct-Informationszentren sind meist bei öffentlichen oder privaten Trä-

gern in den Kommunen angesiedelt und bieten den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Informationen über europarelevante Fragen sowie Rat und Hilfe bezüglich ihrer Rechte und Pflichten als EU-Bürgerinnen und -Bürger.

Im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 bietet die Regionalvertretung den Menschen in der Region verschiedene Foren für den Dialog mit Vertretern der europäischen Politik an. Am 8. Mai stellt sich der europäische Energiekommissar Günther Oettinger im Landtag zu Düsseldorf im Rahmen eines EU-Bürgerdialogs gemeinsam mit EU-Politikern des Landtags NRW und des Europäischen Parlaments den Fragen der Öffentlichkeit.

Ein Spitzenereignis der Saison ist die erste Frankfurter Rede von Kommissionspräsident Barroso. Dieser spricht auf Einladung der hessischen Landesregierung und der Regionalvertretung der Kommission in Bonn an einem historischen Ort, der Paulskirche, wo 1848 die erste gewählte Nationalversammlung tagte: das Frankfurter Parlament. In seiner Rede, die eine Tradition begründen soll, betont der Kommissionspräsident die Bedeutung der Europäischen Union als Wertegemeinschaft, die auf Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit baut.

Young European Professionals

Als besonders fruchtbar, stetig und erfolgreich erweist sich im Laufe der 60 Jahre – neben der Kooperation mit der Europa-Union – die Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)¹⁵¹. Allein 2014 werden gemeinsam organisiert: eine internationale Konferenz zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus im Vorfeld der Europawahlen mit 260 Teilnehmenden, die Aufnahme der Regionalvertretung in den Bonner „Weg der Demokratie“¹⁵², ein Jugendkongress zu einem neuen Narrativ zu Europa sowie drei Workshops für die YEP – die „Young European Professionals“. Auf dem Jugendkongress erarbeiten 60 junge Europäerinnen und Europäer aus den 28 EU-Mitgliedstaaten anlässlich der 60 Jahre europäischer Kommunikationsarbeit der Bonner EU-Vertretung in deren Räumlichkeiten ein Zukunftspapier zu einem neuen Leitmotiv für Europa.

Die YEP sind ein 2006 auf Dauer angelegtes sehr erfolgreiches bundesweites gemeinsames Projekt der Bundeszentrale für politische Bildung und der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn. Es handelt sich dabei um eine Gruppe junger Leute ab 16, die sich mit europäischen Themen auseinandersetzen und unter Einsatz dynamischer und interaktiver Methoden Seminare,

Workshops und Aktivitäten anbieten, um anderen jungen Menschen Europa und die Europäische Union näher zu bringen.

Die YEP sind immer wieder auch ein besonderes Highlight bei Großveranstaltungen, die sich an die breite Öffentlichkeit richten. So etwa auf den von der Regionalvertretung im Rahmen des EU-Programmes „Jugend in Bewegung“ gemeinsam mit Kollegen aus Brüssel und anderen Partnern organisierten großen Informationsständen: 2011 im Rahmen der GamesCOM in Köln und 2013 auf der Jobmesse in Düsseldorf. Dort geht es vorrangig um Möglichkeiten für junge Leute, eine Zeit lang in einem anderen Land zu arbeiten oder zu lernen. Nebenbei wird auf spielerische und unterhaltsame Weise Europawissen vermittelt.

Gemeinsam mit den YEP, den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), und dem Land Nordrhein-Westfalen ruft die Regionalvertretung eine Initiative ins Leben, um europaaktive Jugendorganisationen zu vernetzen. Seit Februar 2013 finden regelmäßig Netzwerktreffen statt. Ziel ist neben dem expliziten Vernetzungsgedanken, Multiplikatoren auszubilden und dauerhaft zu motivieren.

60 Jahre Bonner Büro Das Jahr 2014 steht ganz im Zeichen der 60 Jahre der

ersten „EU-Vertretung“. Zusätzlich zur gewohnten intensiven Zusammenarbeit mit den vier Bundesländern und anderen Kooperationspartnern sowie einem weiteren EU-Bürgerdialog in Koblenz mit EU-Kommissar Günther Oettinger, der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Europaministerin Margit Conrad markieren mehrere besondere Aktionen das Jahr: die mit der bpb organisierte internationale Rechtspopulismus-Konferenz, die Aufnahme des ersten „Presseverbindungsbüros“ in den Bonner „Weg der Demokratie“, ein Empfang für alle Kooperationspartner der Vertretung der vergangenen und der kommenden 60 Jahre mit Günther Oettinger, Vizepräsident der Europäischen Kommission, sowie die Jahreshauptversammlung der mehr als 500 Vertreterinnen und Vertreter der Europe-Direct-Informationszentren aus der gesamten Europäischen Union.



LISTE DER LEITER DER
BÜROS/VERTRETUNGEN
UND ANSCHRIFTEN
(1954–2013)

LISTE DER LEITER DER BÜROS/VERTRETUNGEN UND ANSCHRIFTEN (1954–2013)

	Bonn (1954–2013)	Berlin (1968–2013)	München (1984–2013)
1954	Dr. Karl Mühlenbach Schulze-Delitzsch-Haus, Siebengebirgsstraße 5		
1954–1959	Wolf von der Heide Zitelmannstraße 11		
1959–1964	Günter Grueneberg		
1964–1967	Georg Streiter a. i.		
1967–1970	Joachim Willmann	Ernst Wallrapp Kurfürstendamm 102	
1970	Ernst Wallrapp		
1972–1978	Ernst Wallrapp Zitelmannstraße 22	Ernst Freisberg	
1979–84	Ernst Wallrapp	Eckhard Jaedtke a. i.	
1984–1986	Ernst Wallrapp	Eckhard Jaedtke a. i.	Helmut Steinel Erhardtstraße 27
1987	vakant	Eckhard Jaedtke	Helmut Steinel
1988–1992	Prof. Dr. Gerd Langguth	Eckhard Jaedtke	Helmut Steinel
1993	vakant	Eckhard Jaedtke	Otto Hieber
1994–1997	Axel R. Bunz	Eckhard Jaedtke	Otto Hieber
1998–2000	Axel R. Bunz	Hans-Georg Gerstenlauer	Otto Hieber
2000–2003	Axel R. Bunz a. i. Bertha-von-Suttner-Platz 2–4	Axel R. Bunz 1.8.1999–30.11.2003 Unter den Linden 78	Paul-Joachim Kubosch 13.9.1999–15.6.2006
2004–2008	Barbara Gessler	Gerhard Sabathil 16.01.2004–30.04.2008	Paul-Joachim Kubosch
2009–2010	Barbara Gessler 15.3.2004–31.3.2009	Matthias Petschke 1.5.2009–15.1.2013	Dr. Henning Arp 1.6.2006–15.7.2013
2009–2013	Dr. Stephan Koppelberg	Matthias Petschke	Dr. Henning Arp
2013	Dr. Stephan Koppelberg	Matthias Petschke	Peter Martin
2014	Dr. Stephan Koppelberg	Richard Kühnel	Peter Martin

ANHANG

- 1 Zu den ersten Jahren des Informationsdienstes siehe Jacques-René Rabier, *La naissance d'une politique d'information sur la Communauté européenne*, in M. Dumoulin und F. Dasseto, *Naissance et développement de l'information européenne*, Berne, 1992; Jacques-René Rabier, *Les origines de la politique d'information européenne (1953–1973)*, in *Fondi e luoghi della documentazione europea. Istruzioni per l'uso*, herausgegeben von M. Melchionni, Universität „La Sapienza“, Rom, 2000, S. 84–98.
- 2 Die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) besteht ursprünglich aus zwölf Dienststellen, wovon eine das Sekretariat ist, das von 1952–1956 von Max Kohnstamm geleitet wird.
- 3 Jacques-René Rabier, *La naissance d'une politique d'information sur la Communauté européenne (1952–1967)*, a. a. O., S. 24.
- 4 Er wurde auf Vorschlag von Franz Etzel, Vizepräsident der EGKS, ausgewählt. Siehe Fondation Jean Monnet, Archives Jean Monnet, AMH 6/6/10, *Voyage de la Haute Autorité à Bonn et Düsseldorf* (8. und 9.12.1953).
- 5 CEAB 1/940, *Note sur l'organisation du service d'information de la Haute Autorité*, 10. Juni 1954, S. 9.
- 6 Fondation Jean Monnet, Archives Jean Monnet, AMH 6/5/50, *Projet d'organisation du travail du Service d'information*, Luxemburg, März 1953, S. 1.
- 7 Ebenda, S. 3.
- 8 Fondation Jean Monnet, Archives Jean Monnet, AMH 6/5/51, *Haute Autorité de la CECA*, Note pour le Président, Luxemburg, 14.7.1953.
- 9 CEAB 1/940, *Note sur l'organisation du service d'information de la Haute Autorité*, 10.6.1954, S. 5. Ein weiteres Büro besteht seit 1952 in Washington. Die Einrichtung eines Presse- und Informationsbüros in London wird bereits 1954 geplant, wird von der Hohen Behörde allerdings erst im darauffolgenden Jahr endgültig beschlossen.
- 10 Die Reichweite des Dienstes in Luxemburg wird als ausreichend angesehen, um den Kontakt zu den luxemburgischen, belgischen und niederländischen Journalisten zu gewährleisten, ohne dass – wie ursprünglich vorgesehen – Beamte dorthin entsandt werden müssen. Außerhalb der Mitgliedstaaten werden auch London und Washington medienmäßig abgedeckt. In den Vereinigten Staaten wird ein Vertrag mit der PR-Agentur *Cleary, Gottlieb, Friendly and Ball* geschlossen. Nach London werden hingegen im Sommer 1955 von der Hohen Behörde zusätzlich zur Unterstützung durch eine PR-Agentur zwei Beamte abgeordnet.
- 11 AMH 6/5/55, Jacques-René Rabier, *Note sur le Service d'information*, Luxemburg, 3.9.1953.
- 12 AMH 6/15/4, *Mémorandum sur les tâches d'information de la Haute Autorité et les moyens proposés pour les remplir*, 14.5.1953, S. 1.
- 13 Service d'information, *Les moyens et l'action de la Haute Autorité dans le domaine de l'information*, 586/6-f, Luxemburg, 19.1.1956, S. 4–5.
- 14 *Rapport sur les dépenses administratives pendant l'exercice financier 1953–1954* (deuxième exercice), Hohe Behörde, EGKS, 7158/54, Luxemburg, 1954, S. 43.
- 15 AMH 6/5/58, *Service d'information*, Note pour le Président, Luxemburg, 25.1.1954.
- 16 Rede von Wolfgang Grüger, Präsident i.R., Vorstandsvorsitzender der Schulze-Delitzsch-Haus eG, anlässlich der Aufnahme des ersten Presseverbundbüros der Hohen Behörde der Montanunion in den Weg der Demokratie in Bonn am 2. Juli 2014.
- 17 Bonn – Orte der Demokratie – Der historische Stadtführer, von Matthias Hannemann und Dietmar Preißler, Hg. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und Bundeszentrale für politische Bildung, S. 44f.
- 18 Rede Wolfgang Grüger vom 2. Juli 2014, s.o. FN 16.
- 19 Wolf von der Heide, Mitglied des Kabinetts des EGKS-Vizepräsidenten Franz Etzel, wird Ende des Jahres 1954 nach Bonn versetzt. Nach seiner Versetzung ist Wolf von der Heide für die „persönlichen“ Kontakte zuständig, während sich Dr. Karl Mühlhach weiterhin um den Bereich der Presse kümmert. Die Versetzung sollte eine vorübergehende Entscheidung sein ... Wolf von der Heide bleibt bis 1959.
- 20 CEAB 3/708, *Rapport d'activité du Service de presse et d'information pour la période allant du 15 juin au début août 1954*, Luxemburg, 1.9.1954, S. 27.
- 21 Ebenda, S. 24.
- 22 CEAB 3/708, *Rapport d'activité du Service de presse et d'information pour la période allant du 1^{er} août 1954 au 1^{er} février 1955*, Luxemburg, 1.9.1954, S. 122, und CEAB 3/653, *Les moyens de la Haute Autorité dans le domaine de l'information*, Luxemburg, 19.1.1956, S. 7.
- 23 Die Auflage beträgt damals 30.000 Exemplare. Siehe Service d'information, *Les moyens et l'action de la Haute Autorité dans le domaine de l'information, note pour Messieurs les Membres de la Commission des Affaires politiques et des Relations extérieures de l'Assemblée Commune*, Luxemburg, 19.1.1956, S. 5.
- 24 Die Nachfrage wächst nach der Eröffnung der Informationsbüros in den drei Hauptstädten und vor allem in Deutschland in einem Maße, dass Franz Heidelberg und seine für die Besuche zuständige Dienststelle die Gruppen gesondert einteilen müssen. Einerseits erhält die breite Öffentlichkeit eine allgemeine Unterrichtung, andererseits werden für Fachleute und Spezialisten eingehendere Informationen ausgearbeitet. Christina Raymackers, *La politique d'information de la Haute Autorité de la CECA (1952–1957)*, UCL, 1998, S. 44–45.
- 25 Beide Zitate siehe Schreiben von Dr. C. C. Schweitzer, Bundeszentrale für Heimatdienst, an die Hohe Behörde der Montanunion, Informations-Abteilung vom 29. Juli 1954, Herrn Dr. Mühlhach, Presseverbundstelle der Hohen Behörde, Bonn, Siebengebirgstr. 5, mit der Bitte um Kenntnisnahme überreicht von Dr. Schweitzer; Dok. Nr. CEAB3 Nr. 801.
- 26 Vgl. hier Seite 80 f.
- 27 Der technische und Verwaltungsapparat der EGKS wird – einschließlich der Informationsbüros – in der Zeit bis zur Errichtung gemeinsamer Dienste den Gemeinschaften zur Verfügung gestellt. Vgl. *Sixième Rapport général CECA*, 1957, 1958, V. 1, S. 105–106.
- 28 Vgl. *La Commission européenne, 1958–1972. Histoire et mémoires d'une institution*, sous la dir. de Michel Dumoulin, Luxemburg, 2007, S. 525; *Procès-verbal 2 de la Commission CEE*, 24.–25. und 27.1.1958, S. 8; *Procès-verbal 3 de la Commission CEE*, 31.1.58, S. 3–4.
- 29 Die Gruppe tritt am 9. Mai 1958 zum ersten Mal zusammen und verwaltet den gemeinsamen Dienst bis zum März 1960. Vgl. die in den Historischen Archiven der Europäischen Kommission aufbewahrten Sitzungsprotokolle der Arbeitsgruppe.
- 30 *Mémorandum sur les formes de coopération entre les trois Exécutifs européens proposées par la Haute Autorité de la CECA*, CEAB 3/1023, 10.4.1958.
- 31 *Procès-verbal 2, Commission CEE*, 24.–25., 27.1.1958, S. 8, und *Procès-verbal 3, Commission CEE*, 31.1.1958, S. 3–4.
- 32 *Septième Rapport Général CECA*, 1958, S. 34; *Huitième Rapport Général CECA*, 1959, S. 40–41. *Deuxième Rapport Général CEE*, 1959, S. 17.
- 33 Die Frage des Verhältnisses zwischen dem Sprecher und dem gemeinsamen Dienst und später der Generaldirektion (GD) steht im Zuge der Entwicklung gemeinschaftlicher Kommunikationsstrukturen ständig auf der Tagesordnung. Vgl. auch *Procès-verbal 88, Commission CEE*, 22.1.1960, S. 9; *Procès-verbal 93, Commission CEE*, 17.2.1960, S. 14–16; *Procès-verbal 95, Commission CEE*, 2.3.1960, S. 8–9.
- 34 Walter Hallstein, Étienne Hirsch und Piero Malvestiti.
- 35 *Procès-verbal 54, Commission CEE*, 16.3.1959, S. 3–4; *Procès-verbal 57, Commission CEE*, 23.4.1959, S. 10, und *Procès-verbal 79, Commission CEE*, 28.10.1959, S. 6–7.
- 36 *Procès-verbal 54, Commission CEE*, 16. März 1959, 57. 23. April 1959, und 79. 28. Oktober 1959.
- 37 *Troisième Rapport Général CEE*, 1960, S. 70. Sämtliche Dokumente über die Sitzungen des Verwaltungsrates des Presse- und Informationsdienstes befinden sich in den Historischen Archiven der Europäischen Kommission. Vgl. *Haute Autorité CECA. Inventaire des dossiers (1952–1967)*, Bd. 1, Luxemburg, 1996, S. 185.
- 38 *Procès-verbal 106, Commission CEE*, 31.5.1960, S. 10–15.
- 39 U. J. Vaes, *Rapport du Commissaire aux Comptes Urbain J. Vaes relatif au sixième exercice financier (1^{er} juillet 1957 au 30 juin 1958)*, Bd. 2, Luxemburg, 15.2.1959, S. 173.
- 40 Im Frühjahr 1961 unternimmt die Hohe Behörde alles, um die Gebäude Zitellmannstraße Nr. 9 und 11 zu erwerben, jedoch wird der Kauf Ende des Jahres von den Eigentümern rückgängig gemacht. 1962 wird ein neuer Mietvertrag geschlossen. Siehe Emile Noël, *Note à l'intention de MM. les membres de la Commission, achat éventuel d'un immeuble à l'usage du Bureau de Bonn du Service de Presse et d'information des Communautés européennes*, Brüssel, 25.3.1961, und BAC 118/1936 898, S. 126, 184 und 208.

- 41 Offiziell übernimmt er diese Aufgabe am 1. Februar 1959. Siehe auch *Bulletin de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier*, n°3, Luxemburg, Oktober 1961, S. 64.
- 42 Von 100 Millionen im Jahr 1960 auf 212 Millionen im Jahr 1967; von 38 Personen 1960 auf 54 Personen 1967.
- 43 Vgl. COM (63) 242, *Mémorandum sur la politique des Communautés en matière d'information à l'attention des Conseils*, S. 8.
- 44 *Mémorandum sur les orientations de la politique d'information de la Commission européenne*, Jacques-René Rabier, Direktor des Presse- und Informationsdienstes der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, 1.6.1967.
- 45 SEC (68) 1394 final, *Politique d'information de la Commission (Communication de la Commission au Conseil)*, Brüssel, 14.5.1968, S. 8–14.
- 46 Jacques-René Rabier, *Programme d'activité pour 1962*, 5.1.1962.
- 47 Mit dem *Deutschen Gewerkschaftsbund* (DGB) werden Vereinbarungen darüber getroffen, in „les cours des écoles syndicales, (...) des exposés sur les institutions européennes et autres activités“ (die Lehrgänge der Gewerkschaftsschulen ... Referate über die europäischen Institutionen und andere Aktivitäten) aufzunehmen. Der DGB übernimmt 50% der Kosten und stellt die größte Anzahl der Vortragenden. Weitere Vereinbarungen von geringerer Tragweite werden getroffen mit der *Deutschen Angestellten-Gewerkschaft* (DAG), die Seminare, Wettbewerbe, Schulungen usw. zur europäischen Integration veranstaltet, und dem *Christlichen Gewerkschaftsbund* (CGB), der eine Studienwoche über die europäische Integration durchführt. Jacques-René Rabier, *Programme d'activité pour 1965*, 13778/PI/64-F, Brüssel, 8.2.1965, S. 68–69.
- 48 Jacques-René Rabier, *Programme d'activité pour 1965*, 13778/PI/64-F, Brüssel, 8.2.1965, S. 79.
- 49 Jacques-René Rabier, *Programme d'activité pour 1964*, 1383/PI/64-F, Brüssel, 3.2.1964, S. 78; Jacques-René Rabier, *Programme d'activité pour 1965*, 13778/PI/64-F, Brüssel, 8.2.1965, S. 97.
- 50 Service des Archives historiques de la Commission européenne, BAC 38/1984 136/2, S. 110–111.
- 51 Joachim Willman übernimmt diese Aufgabe vom 10.3.1967 bis 1971, CEAB 2 2918, S. 288.
- 52 In Zusammenarbeit mit dem *Deutschen Gewerkschaftsbund* (DGB).
- 53 Jacques-René Rabier, *Programme d'activité pour 1964*, 1383/PI/64-F, Brüssel, 3.2.1964, S. 12–21; Jacques-René Rabier, *Programme d'activité pour 1965*, 13778/PI/64-F, Brüssel, 8.2.1965, S. 30.
- 54 Allein im Jahre 1963 werden in Deutschland an die 1500 Vortragsveranstaltungen abgehalten.
- 55 Jacques-René Rabier, *Programme d'activité pour 1964*, 1383/PI/64-F, Brüssel, 3.2.1964, S. 38.
- 56 Die Finanzierung der Teilnahme an den Ausstellungen wird überwiegend aus von den Exekutivorganen zur Verfügung gestellten Mitteln und nicht aus Mitteln für Gemeinschaftsaufgaben bestritten. Es handelt sich also um strategische Entscheidungen der EWG, der Euratom oder der EGKS. Jacques-René Rabier, *Programme d'activité pour 1964*, a. a. O., S. 8–10.
- 57 Jacques-René Rabier, *Programme d'activité pour 1965*, a. a. O., S. 13–14.
- 58 Jacques-René Rabier, *Programme d'activité pour 1964*, a. a. O., S. 87.
- 59 Unterzeichnet am 8. April 1965 in Brüssel.
- 60 Die Politik des leeren Stuhls bezeichnet eine von Frankreich vom 1. Juli 1965 bis 30. Januar 1966 im damaligen Ministerrat der EWG verfolgte politische Strategie, die im Wesentlichen durch dauerhaftes Fernbleiben der französischen Verhandlungsdelegation von den Ratssitzungen gekennzeichnet war. Die Institution war damit beschlussunfähig und das gesamte politische System der EWG faktisch gelähmt.
- 61 *Rapport sur les activités des Communautés*, 1967, S. 497–498. Siehe S. 500 und folgende für einen Überblick über die Aktivitäten in diesem Jahr.
- 62 SEC (71) 4483, *Programme pour la politique d'information en 1972*, Brüssel, 21.12.1971, S. 5–7.
- 63 Ebenda, S. 1–2.
- 64 COM (76) 225 und COM (77) 452. In diesen Papieren wird Europa als Teil der Lösung der Krise (Inflationsbekämpfung, konkrete Ausgestaltung der Neubelebung der Wirtschafts- und Währungsunion usw.) dargestellt.
- 65 *Procès-verbaux 6, 7, 8 et 40 de la Commission CE* (1967–1968). Die Kommission plant die Einrichtung des Berliner Büros seit 1960 und denkt an eine Eröffnung im Jahre 1961. Siehe COM (60) *Procès-verbal 106 final*, 2^{ème} partie, Commission CEE, Brüssel, 15.6.1960, S. 14.
- 66 Avis CCAM Nr. 65-1969, Brüssel, 14.5.1969. Vor der Ernennung in dieses Amt beginnt Ernst Wallrapp seine Laufbahn 1963 in der Sprechergruppe (s. PERS 462/63 und PERS (66) 369). 1969 wird er als Leiter der Außenstelle nach Berlin versetzt (siehe schriftliches Verfahren C/67/69). Im Juni 1970 folgt er Joachim Willmann an der Spitze des Bonner Büros nach. Ernst Wallrapp bleibt bis 1986 auf seinem Posten, d. h. 15 Jahre lang, und kann damit auf die längste Dienstzeit in diesem Amt zurückblicken.
- 67 Näheres siehe Dokument SEC (1977) 2754, *Politique d'information et principales activités de 1976 – Activités des Bureaux*, Brüssel, 18.5.1977.
- 68 Vgl. SEC (77) 1924, *Information régionalisée*, 18.5.1977. Seit 1976 wird die Entwicklung der Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft, vor allem des Regionalfonds, des Sozialfonds, aber auch des EAGFL usw., in der Tat durch ein System regionalbezogener Informationen begleitet. Vgl. SEC (76) 4293 final, *The 1977 Information programme*, Brüssel, 9.12.1976, S. 2.
- 69 Ab 1971 verfügen die von den Informationsbüros veröffentlichten Magazine über einen gemeinsamen Mantel, und es ist Sache der Büros, die restlichen Informationen mit dem Schwerpunkt auf einzelstaatlichen Fragen zu liefern. In der BRD erscheinen die Titel *Europa-Informationen für die Jugendpresse* oder auch *Europäische Regionen und Europäische Gemeinschaft, Integration*, die für die akademische Welt bestimmt sind, sowie ab 1976 das *EG-Magazin* mit politischer Ausrichtung.
- 70 SEC (71) 44835, *Programme pour la politique d'information en 1972*, Brüssel, 21.12.1971, S. 21–29.
- 71 „Matern“ sind „Offset“-Druckrollen, auf denen der umgebrochene und mit Illustrationen versehene Artikel eingraviert ist. Die in dieser Form übermittelten Artikel lagen für die Zeitungen gebrauchsfertig vor, die sie nur noch in ihre Arbeitsabläufe einbinden mussten. In den Artikeln werden zeitgenössische Themen wie der *Verbraucher- und Umweltschutz* oder aber die *Industriepolitik* behandelt. Ebenda, S. 20.
- 72 23 Städte allein im Jahre 1975. Die Vorauswerbung wird durch Plakate und Anzeigen in der regionalen Presse betrieben, während der Ausstellung werden Poster und Broschüren verteilt. SEC (75) 1084 final, *Programme complémentaire d'information 1975*, Brüssel, 19.3.1975, S. 2.
- 73 SEC (71) 44835, *Programme pour la politique d'information en 1972*, Brüssel, 21.12.1971, S. 21–29. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Maßnahmen in den Schulen, die Information für die Lehrer und die Unterrichtsmedien gelegt (Besuche in Brüssel und Informationen für Journalisten).
- 74 Hauptsächlich in den Klein- und Mittelbetrieben (KMU).
- 75 COM (76) 225 final, *Report on the activities of the Directorate-General for Information in 1975*, Brüssel, 28.6.1976, S. 13.
- 76 COM (79) 701 final, *Programme d'information pour 1980*, Brüssel, 10.12.1979, S. 4.
- 77 Vgl. Beschluss der Kommission in ihrer Sitzung vom 7.2.1979. Die Eröffnung neuer Außenstellen wird auch vom Europäischen Parlament gefördert. Vgl. *Rapport sur la politique d'information de la Communauté européenne, de la Commission des Communautés européennes et du Parlement européen*, von Wolfgang Schall vorgelegter Bericht, Sitzungsdokumente des Europäischen Parlaments, 1-596/80, 4.12.1980. Die entsprechende Entschließung wird vom Parlament in seiner Sitzung am 16.1.1981 verabschiedet.
- 78 Vgl. SEC (84) 889, *Décentralisation de l'information dans les Etats membres*. Vgl. COM (84) PV 739, 30.5.1984, S. 39–40, und PV 739, 2^{ème} partie, 30.5.1984, S. 18. Vgl. ebenso COM (84) PV 741, 2^{ème} partie, 13.6.1984, S. 4, in dem die Kommission sogar die Absicht bekundet, die Möglichkeit der Eröffnung von Außenstellen in Süditalien und in Hamburg zu prüfen. Von Letzterer ist jedoch in der endgültigen Fassung des Protokolls keine Rede mehr. Vgl. COM (84) PV 741, 2^{ème} partie/2, *Corrigendum au Procès-verbal spécial*, 19.6.1984.
- 79 SEC (84) 889, *Décentralisation de l'information dans les états membres*, Brüssel, 25.5.1984, S. 2.
- 80 Vgl. SEC (77) 2754, *Politique d'information*, 27.7.1977, und den Tätigkeitsbericht der Generaldirektion Information für 1976. Seit 1975 erstellt die GD einen sehr ausführlichen Tätigkeitsbericht, der einen allgemeinen Überblick über die durchgeführten Maßnahmen sowie Datenblätter über umgesetzte Vorhaben (nach Programmen, Bereichen, Mitteln usw. aufgeschlüsselt) umfasst. Diese Form der Darstellung wird rasch aufgegeben.
- 81 Vgl. *Rapport sur la politique d'information de la Communauté européenne et notamment sur le programme d'information de la Commission pour les élections directes du Parlement européen*. Bericht vorgelegt von Willem J. Schuijt, Sitzungsdokumente des Europäischen Parlaments, 93/77, 10.5.1977.

- 82 1977 bewilligt das Parlament einen Sondernachtragskredit in Höhe von einer Million RE für die Durchführung eines Sonderprogramms, das hauptsächlich der Information der „Meinungsbildner“ dienen soll. 1978 beantragt die Kommission erheblich höhere Mittel, und zwar fünf Millionen RE zur Durchführung einer Massenaktion. Das Vorgehen findet 1979 seine Fortsetzung zur Finanzierung der Multimediakampagnen.
- 83 COM (77) 114 final, *Programme d'information de la Commission pour les élections directes du Parlement européen*, 25.3.1977; SEC (77) 2586/2, *Programme d'information de la Commission pour les Elections directes du Parlement européen*, 11.7.1977; SEC (77) 3372, *Programme d'information spécial de la Commission pour 1978 pour l'élection directe du Parlement européen*, 29.9.1977; SEC (78) 532, *Lignes principales du programme spécial d'information pour les élections directes*, 6.2.1978.
- 84 Ebenda, S. 26.
- 85 SEC (77) 4389 final, *Programme d'information pour 1978*, Brüssel, 21.9.1977, S. 1 und 5.
- 86 Ebenda, S. 5.
- 87 SEC (77) 2754, *Politique d'information*, Brüssel, 27.7.1977. Die Büros müssen u. a. für eine spezielle Berichterstattung über dieses Großereignis in den von ihnen veröffentlichten Magazinen sorgen. COM (79) 64 final, *Information programme for 1979*, Brüssel, 15.2.1979, S. 2.
- 88 SEC (77) 4389 final, *Programme d'information pour 1978*, Brüssel, 21.9.1977, S. 5.
- 89 P.V. CCAM (79) 1992-Q, Brüssel, 2.10.1979.
- 90 SEC (80) 777, *Programme d'information mai – août 1980*, Brüssel, 22.5.1980, S. 3.
- 91 COM (81) 116 final, *Programme d'information : objectifs et moyens*, Brüssel, 4.5.1981, S. 2.
- 92 SEC (77) 2754, *Politique d'information*, Brüssel, 27.7.1977, S. 32.
- 93 SEC (80) 777, a. a. O., S. 2.
- 94 SEC (81) 116 final, *Programme d'information : objectifs et moyens*, Brüssel, 4.5.1981, S. 3.
- 95 Die Fachagentur wird von Herausgebern von Lokalzeitungen gegründet und von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. P.V. CCAM (83) 241-XXVI, Brüssel, 12.12.1983.
- 96 Der für die Informationspolitik zuständige Europakommissar Carlo Ripa di Meana will die Herstellungskosten dieses Druckerzeugnisses jedoch begrenzen. Vgl. SEC (86) 1841, S. 8.
- 97 COM (81) 116 final, a. a. O., S. 3–5.
- 98 Ebenda, S. 4. Siehe auch COM (82) 3 final, *Programme d'information pour 1982*, Brüssel, 9.2.1982, S. 3–6.
- 99 SEC (84) 347, *Activités d'information de la Commission avant les secondes élections européennes*, *Communication de M. Natali et de M. Adriessen*, Brüssel, 5.3.1984, S. 1.
- 100 Ebenda, S. 2.
- 101 Ebenda, S. 5.
- 102 Ebenda, S. 9.
- 103 SEC (85) 1097, *Politique d'information et de communication de la Commission*, Brüssel, 18.6.1985, S. 5.
- 104 SEC (86) 1841/6, *Politique d'information et de communication – Priorités et propositions de coordination*, Brüssel, 25.11.1986, S. 12.
- 105 Ebenda, S. 4. Vgl. auch *Programme de travail de la Commission pour 1986, présentation devant le Parlement européen par le président J. Delors et réponse donnée à l'issue du débat*, Straßburg, 19.2.1986, S. 30–31.
- 106 Vgl. die Tagungen des Europäischen Rates vom Juli 1984 in Fontainebleau und vom Juli 1985 in Mailand. Die erste Initiative in diesem Bereich ist die Europäische Segelregatta im Juli und August 1985.
- 107 Diese Ausstellung ist das Ergebnis einer internationalen Zusammenarbeit zwischen dem Centre Georges Pompidou, dem italienischen Touring Club und der Europäischen Gemeinschaft.
- 108 Dasselbe gilt für Berlin, denn die Stadt rüstet sich damals für die 750-Jahr-Feier 1987. Im Jahr darauf wird die Stadt zur Kulturstadt Europas gewählt. Diese beiden Anlässe nutzt die Außenstelle, um Informationsaktionen durchzuführen. Vgl. SEC (86) 1135, *Information et communication: possibilités et obstacles*, M. Ripa Di Meana, *Annexes au chapitre 1*, déf.1.-2., Brüssel, 26.6.1986.
- 109 SEC (89) 662/3, *Rôle et organisation des bureaux de presse et d'information*, M. Dodelinger, Brüssel, 21.4.1989.
- 110 Ein Format befasst sich mit den politischen Ereignissen in den drei kommenden Monaten. Ein zweites, der politische Zeitplan der Ratspräsidentschaft, erstreckt sich über sechs Monate. Ein drittes Format, das zweimal jährlich erscheint, zieht die Bilanz der Wahlen in den Mitgliedstaaten und einigen Drittländern.
- 111 Nachdem die Stelle 1987 ein Jahr lang unbesetzt geblieben war, übernimmt Gerd Langguth das Amt von 1988 bis 1992. Zur vergeblichen Suche nach einem neuen Leiter des Bonner Büros siehe COM (87) PV 861 2^{ème} partie, *Bureau de presse et d'information dans les capitales*, Brüssel, 11.2.1987, S. 17; SEC (87) 125, *Politique d'information dans les Etats membres*. *Information en R.F.A.*, Brüssel, 27.1.1987, und SEC (87) 69, *Bureau de Presse et d'Information de Bonn*, Straßburg, 20.1.1987.
- 112 Vgl. insbesondere SEC (90)1646, *Rôle et organisation des Bureaux – rapport d'étape*, Brüssel, 2.8.1990.
- 113 *Note d'information sur l'expérience-pilote carrefours d'information et d'animation rurales*, J. Ekelmans, DG X A-2, 1990.
- 114 *Reflection on information and Communication Policy of the European Community*, Report by the group of experts chaired by Mr Willy De Clercq, Member of the European Parliament, März 1993, S. 45.
- 115 COM (93) PV 1146, 2^{ème} partie, 6.4.1993, S. 16.
- 116 SEC (93) 916/9, *La politique d'information et de communication de la Commission: nouvelle approche*, communication de João de Deus Pinheiro, 30.6.1993.
- 117 SEC (94) 80/4, *Les bureaux de représentations de la Commission – prochaine étape*, Communication de M. Pinheiro, Brüssel, 25.1.1994, S. 2.
- 118 Axel R. Bunz war zuvor bereits fünf Jahre lang stellvertretender Vertretungsleiter gewesen.
- 119 Ebenda, S. 3–6.
- 120 Siehe später die Entschließung des Parlaments vom 14. Mai 1998. Siehe auch den *Bericht über die Informations- und Kommunikationspolitik in der Europäischen Union* von Peter Pex im Namen des Ausschusses für Kultur, Jugend, Bildung und Medien (A4-0115/98), 5.5.1998.
- 121 *Coopération entre la DG III du Parlement européen et la DG X de la Commission européenne (1995–2000)*, première mise à jour – 1996, Brüssel, Mai 1996, S. 2–3. Siehe auch *La politique de l'information de l'Union européenne – Renforcement de la coopération interinstitutionnelle*, note de briefing destinée au Président, 1997, S. 2–3.
- 122 *Coopération entre la DG III du Parlement européen et la DG X de la Commission européenne (1995–2000)*, première mise à jour – 1996, Brüssel, Mai 1996, S. 4.
- 123 Ebenda, S. 5–6.
- 124 SEC (94) 488, *Politique d'information et de communication de la Commission: politique des relais et réseaux*, projet de communication de M. João de Deus Pinheiro, Brüssel, 30.3.1994, S. 5 et 7.
- 125 SEC (95) 1672, *Grandes actions prioritaires en matière d'information*, communication du Président Delors et de M. Oreja, 7.10.1995.
- 126 COM (98) 39, *Stratégie d'information sur l'Euro*, Communication de M. Oreja et de M. de Silguy, Brüssel, 19.1.1998, S. 18. Siehe auch PARLEMENT EUROPEEN, *Plan opérationnel évolutif de communication pour la monnaie unique*, Brüssel, 3.4.1996, 31 S.
- 127 Siehe Vorgangsakte CCAM 1996/850: *Report to the ACPC – Citizens' legal advisor (Eurojus) for the Commission's Representation in Bonn*.
- 128 Der *Info-Point* in Bonn befindet sich seinerseits bereits seit dem 1.8.1994 am Bertha-von-Suttner-Platz Nr. 2–4.
- 129 Vom 5.1.2000–30.11.2003.
- 130 Siehe *Organisationsplan der Kommission*, Dezember 1993, S. 152; *Interinstitutionelles Verzeichnis Who's who in the European Union?*, Januar 2000, S. 247.
- 131 Der Presse- und Kommunikationsdienst wurde offiziell am 21.10.1999 eingerichtet. In den anfänglichen Diskussionen lange vor dem Amtsantritt der neuen Europäischen Kommission war vorgeschlagen worden, dem Dienst die Bezeichnung „Media et Communication“ (Medien und Kommunikation) zu geben.
- 132 KOM (2001) 428 endg., *Europäisches Regieren – Ein Weißbuch*, 25.7.2001.

- 133 SEC (2000) 2099, Note d'information de M. le Président et de Mme Reding, en accord avec Mme de Palacio, *Stratégie d'information et de communication*, 28.11.2000.
- 134 KOM (2001) 354 endg., *Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie den Ausschuss der Regionen betreffend einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit bei Maßnahmen im Bereich der Informations- und Kommunikationspolitik der Europäischen Union*, 27.6.2001.
- 135 KOM (2002) 350 endg., *Eine Informations- und Kommunikationsstrategie für die Europäische Union*, 2.7.2002.
- 136 Deutschland schließt übrigens als erstes Land seit 2005 derartige Verträge ab. Vgl. *Evaluation of the Management Partnership between the European Commission and the German Government*, Brüssel, 2009, S. 1.
- 137 Jonathan Faull, *Le rôle des représentations de la Commission dans les Etats membres, une nouvelle direction*, Brüssel, 13.9.2000, S. 2.
- 138 Ebenda, S. 6.
- 139 Ebenda, S. 5.
- 140 Ebenda, S. 5–6.
- 141 Alberto Hasson, *Argumentaire relatif à l'ouverture d'antennes régionales/évaluations des coûts*, note de dossier, Brüssel, 3.6.2002, S. 3.
- 142 Linda Corugedo Steneberg, *Content and staffing of the Representations in the Member States*, Brüssel, 20.4.2003.
- 143 Schreiben des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen an das Mitglied der Europäischen Kommission Günter Verheugen vom 11.6.2003.
- 144 Zu den jüngsten Entwicklungen: Susanna Heubusch, *EU Informations- und Kommunikationspolitik. Geschichte, Herausforderungen und Strategien für die Zukunft*, Forschungsarbeit zur Erlangung des Titels Master in European Studies, Donau-Universität Krems, Wien/Krems, 2010, 270 p. Barroso ernennt Margot Wallström zur für Kommunikationsstrategie zuständigen Vizepräsidentin der Europäischen Kommission.
- 145 SEK (2005) 985 endg., *Aktionsplan für eine bessere Kommunikationsarbeit der Kommission zu Europa*, Brüssel, 20.7.2005.
- 146 KOM (2004) 196 endg. vom 20. April 2004, Mitteilung der Kommission an den Rat, an das Europäische Parlament, an den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und an den Ausschuss der Regionen „Die Umsetzung der Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union“, Brüssel, 20.4.2004, S. 12–15. Siehe auch *Relais et réseaux d'information et de documentation DG PRESS, Subventions de fonctionnement pour l'hébergement d'un Info-Point Europe ou d'un Carrefour d'information et d'animation rurales, Projet de manuel des procédures de gestion, mise à jour 12.5.2004*.
- 147 KOM (2005) 494 endg., *Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach – Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion*, Brüssel, 13.10.2005.
- 148 KOM (2006) 35 endg., *Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik*, Brüssel, 1.2.2006.
- 149 KOM (2007) 568 endg., *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Partnerschaft für die Kommunikation über Europa*, Brüssel, 3.10.2007.
- 150 *Décisions administratives et budgétaires prises par la Commission lors de sa 1731^{ème} réunion du mercredi 1er février 2006*.
- 151 Schreiben (Nr. 307427) des Präsidenten des Europäischen Parlaments an die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Carina Gödecke, vom 23.04.2014.
- 152 Vgl. hier Seite 19.
- 153 In der Neuauflage des historischen Stadtführers „Bonn-Orte der Demokratie“ (siehe hier FN 17) wird dem ersten Büro der gemeinsamen europäischen Institutionen in Bonn ein einseitiger Eintrag gewidmet: S. 124.

Herausgeber:

Europäische Kommission
 Generaldirektion Kommunikation
 · Zentrum für Dokumentenmanagement
 · Regionalvertretung in Bonn

Autor: Sven Carnel
 Koautoren: Alexis Bigonville, Dr. Stephan Koppelberg, Mirja Ahokas
 Übersetzerin: Sigrid Scholz

Lektorat: Margit Wetschenbacher

Konzept: Ingo Espenschied

Layout: Rudi Sebastian

Druck: Druckerei Imbescheid, Frankfurt

Bildnachweis:

Europäische Kommission: Seite 6, 28–29, 36, Seite 41, 48, 55, 57, 60, 69, 70, 78, 81;
 Europäisches Parlament: Seite 10–11, 24–25, 45;
 Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Lausanne: Seite 20–21;
 Fotostudio Röder-Moldenhauer, Bad Marienberg: Seite 32;
 Privatbesitz Familie Mühlenbach: Seite 1, Seite 18;
 Ullstein: Seite 12;
 Ingo Espenschied, Rudi Sebastian: Seite 56, 65, 75

Redaktionsschluss:

August 2014

I. Auflage, 2014

Europäische Kommission

Regionalvertretung in Bonn
 Bertha-von-Suttner-Platz 2–4

53111 Bonn

Tel.: 0228 53009-0

Fax: 0228 53009-50

Email: eu-de-bonn@ec.europa.eu

www.eu-bonn.de

Twitter: @EU_Bonn

60

JAHRE

Als Dr. Karl Mühlenbach am 1. März 1954 seine kaum 50m² großen Büroräume in Bonn bezieht, liegt eine wahre Pionierarbeit vor ihm. Knapp vier Jahre zuvor wurde durch die Verkündung des Schuman-Plans vom 9. Mai 1950 mit der Montanunion das gemeinschaftliche Europa und die erste supranationale Institution weltweit geschaffen.

Der Informationsbedarf in der Öffentlichkeit ist beachtlich, die Mittel des ersten Presse- und Informationsbüros der Montanunion dagegen anfangs eher bescheiden. Aus der Bonner Dependence von damals ist heute ein weitläufiges Netzwerk von 37 Vertretungen der Europäischen Kommission in 28 Ländern erwachsen. Das vorliegende Buch porträtiert die Entwicklung des Bonner Büros und ist ein einzigartiges Zeugnis von sechs Jahrzehnten deutscher und europäischer Kommunikationsgeschichte.

